

# Sudetendeutsche Post



Erscheinungsort Linz  
Verlagspostamt 4020 Linz  
Einzelpreis: S 15.—

P. b. b.

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 19

Wien – Linz, 5. Oktober 1995

41. Jahrgang

Hoffnungsschimmer

VON MANFRED MAURER

**Dekrete aufheben,  
dann EU-Gespräche!**

(Seite 3)

**Familiensilber  
verschleudert**

(Seite 4)

**Tschechen und  
die Demokratie**

(Seite 12)

## Havel fordert von Gemeinden die Rückgabe enteigneten Besitzes

Der tschechische Präsident Václav Havel hat die Kommunalbehörden seines Landes zu „größerer Großzügigkeit“ bei der Rückgabe

### Stoiber: Entschuldigung genügt nicht

Die Beziehungen zu Tschechien seien die schwierigsten, die Deutschland mit seinen Nachbarn habe, erklärte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber Ende September gegenüber der tschechischen Tageszeitung „Pravo“. Die Tschechen seien noch immer nicht gewillt, über das tschechoslowakische Amnestiegesetz zu reden, auf dessen Grundlage alle Straftaten und Verbrechen gegen die Deutschen, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, für legal erklärt worden seien. „Solange es so bleibt, werden wir mit den Tschechen nicht so gute Beziehungen wie mit Österreich, Ungarn oder Frankreich haben,“ sagte Stoiber. Bayern suche gute Beziehungen zu Tschechien und unterstütze dessen Weg in die EU, betonte Stoiber. Allerdings wünsche man sich zugleich die Bereitschaft der Tschechen, über die Vergangenheit der Sudetendeutschen zu sprechen. Auch in der Geschichte der Tschechen gebe es einige dunkle Kapitel. Nicht alles, was sie nach dem Zweiten Weltkrieg getan hätten, sei im Einklang mit den damaligen und den heutigen Wertmaßstäben, sagte der Ministerpräsident. Auf die Entschuldigung von Präsident Václav Havel vor fünf Jahren für die Vertreibung von Sudetendeutschen angesprochen, meinte Stoiber, sie genüge nicht.

### Otto Habsburg thematisiert Beneš-Dekrete

Der CSU-Europaabgeordnete Otto Habsburg hat die deutsche Bundesregierung Ende September aufgefordert, die Beneš-Dekrete „innerhalb der EU zum Thema zu machen“.

Habsburg sprach von einer Parallele zwischen dem ehemaligen sudetendeutschen Eigentum in Tschechien und dem ehemaligen italienischen Eigentum in Slowenien. Italien verknüpft einen Assoziierungsvertrag zwischen der EU und Slowenien mit der Forderung eines italienischen Vorverkaufsrechts von nach dem Zweiten Weltkrieg enteignetem italienischen Besitz im slowenischen Teil Istriens.

Habsburg hatte dieses Thema zuvor schon im Europaparlament in Straßburg zur Sprache gebracht. Der anwesende Vertreter des Rates der Europäischen Union, der Spanier Carlos Westendorp, antwortete darauf, daß die Frage des früheren sudetendeutschen Eigentums in Tschechien dann behandelt würde, wenn die Bundesrepublik Deutschland es wolle. Bisher habe diese Frage jedoch nicht auf der Tagesordnung gestanden. Deshalb der Appell Habsburgs an die Regierung in Bonn, die Interessen der Sudetendeutschen in der EU zum Thema zu machen.

des einstigen Eigentums aufgefordert – allerdings nur des jüdischen.

In einem Rundfunkinterview machte er kürzlich darauf aufmerksam, daß der Staat die große Mehrheit des Besitzes bereits an die jüdischen Organisationen zurückgegeben habe. Die Gemeinden, die gleichfalls einen Teil dieses Eigentums in Besitz hätten, seien jedoch nicht willig, ihn zurückzugeben. Die Restitutions des einstigen jüdischen Eigentums in Tschechien seien ein „sehr trauriger Überrest der Vergangenheit“, erklärte Vaclav Havel.

Havel appellierte an die Kommunalbehörden, sich ihrer „tieferen Verantwortung des demokratischen Staates bewußt zu werden und das Eigentum den jüdischen Gemeinden großzügiger zurückzugeben“. „Darüber hinaus ist diese Sache sehr genau im Ausland verfolgt

worden, deshalb geht es auch ums Prestige unseres Staates“, betonte Havel.

Es handelt sich um jenes Eigentum, das die Nazis vor dem Zweiten Weltkrieg beschlagnahmt hatten und das der tschechoslowakische Staat angesichts des kommunistischen Umsturzes 1948 nicht mehr zurückgegeben hatte. Im Frühjahr des Jahres 1994 hat das Prager Abgeordnetenhaus eine Novelle des Restitutionsgesetzes verabschiedet, die es dem Staat sowie den Gemeinden ermöglicht – nicht aber anordnet – das „aus Rassengründen beschlagnahmte“ Eigentum an die einstigen Inhaber zurückzugeben, auch wenn es vor dem 25. Februar des Jahres 1948 beschlagnahmt wurde. Die ursprüngliche Fassung des Restitutionsgesetzes schloß – aus Angst vor den Forderungen der Sudetendeutschen – jegliche Rückgabe des vor diesem Datum beschlagnahmten Eigentums eindeutig aus.

WIDERSPRÜCHLICHE SIGNALE erreichten uns in den heißen Sommerwochen aus Tschechien. Da waren einmal die üblichen, die uns nicht gerade optimistisch stimmen können. Fast zwei Drittel der Tschechen lehnen Umfragen zufolge Verhandlungen mit den Sudetendeutschen ab. Ebensoviele halten das Unrecht der Vertreibung gar nicht für ein Unrecht. Abgerundet wird dieses Bild von diversen Aktionen tschechischer Rechtsextremisten, die ein versöhnliches Gedenken der Opfer des Massakers von Aussig verhinderten und Flugblätter verschickten, in denen von einer angeblichen zwischen Bonn und Prag auf die Rückgabe des den Sudetendeutschen geraubten Eigentums die Rede war.

ES GIBT ALSO nach wie vor diese extremistische Minderheit, die an keiner Lunte vorbeigeht, ohne sie anzuzünden. Und es gibt nach wie vor diese Mehrheit in Tschechien, die schon davor Angst hat, mit den Sudetendeutschen über das dunkle Kapitel der gemeinsamen Geschichte auch nur zu reden.

NICHTS NEUES ALSO in Tschechien? MITNICHTEN. Der Lichtblick dieses Sommers war wohl der Artikel eines Herrn Martin Komarek, seines Zeichens stellvertretender Chefredakteur der auflagenstärksten Prager Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“. Dieser Mann hatte den Mut aufgebracht, die Vertreibung nicht nur als Unrecht zu bezeichnen, sondern auch die logische Konsequenz daraus zu fordern: Wiedergutmachung. Von Unrecht haben schon viele Politiker und Intellektuelle in Tschechien gesprochen, das Wort Wiedergutmachung aber wollte bislang keinem über die Lippen kommen. Es gehört

Fortsetzung auf Seite 2

### Das Bild der Heimat



Den „Krumauer Häuserbogen“ hat Egon Schiele 1915 in Öl zur Leinwand gebracht. Das Bild wurde dem soeben im Wirtschaftstrend-Zeitschriften-Verlag erschienenen Buch „Die Stadt am blauen Fluß. Egon Schiele und Krumau“ entnommen. (Bericht im Blattinneren).

## Fortsetzung von Seite 1

tatsächlich Mut dazu, als Redakteur einer vom Massenverkauf lebenden Zeitung so ungeniert gegen den Meinungsstrom zu schwimmen. Diese (noch?) einsame Stimme im tschechischen Blätterwald sollte nicht überbewertet, aber auch nicht ignoriert werden. Es wäre auch verfrüht, von einem Meinungsumschwung zu sprechen. Doch „Mlada fronta Dnes“ darf zweifellos als meinungsbildende Zeitung betrachtet werden. So betrachtet ist der Artikel ein Hoffnungsschimmer, der umso mehr an Bedeutung gewinnen würde, wenn Herr Komarek und seine Kollegen diese in Tschechien noch keineswegs mehrheitsfähige Linie konsequent durchziehen würden. An dieser Konsequenz freilich mangelt es noch, wie wenige Wochen darauf ein anderer Artikel zeigte, in dem gegen Abschaffung der Amnestiegesetze in der altbekannten Leier argumentiert wurde: Eine Strafverfolgung der Auswüchse tschechischen Nationalismus wäre politisches Harakiri. Im Klartext: Recht und Gerechtigkeit werden abgelehnt, weil Recht und Gerechtigkeit unbequem wären. Ein Hoffnungsschimmer dieses Sommers verwandelte sich damit in jene berühmte Schwalbe, die bekanntlich keinen Sommer macht!

## „Brünner Todesmarsch“ erstmals von der Polizei untersucht

Erstmals seit 50 Jahren werden in Tschechien die Umstände der Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg polizeilich untersucht. Tschechischen Zeitungsberichten zufolge untersucht die Polizei in Brünn, ob im Rahmen der „wilden Abschiebung“ im Mai 1945 Straftaten begangen wurden und wer dafür verantwortlich ist. Die Polizei wolle auch klären, ob im Rahmen der als „Brünner Todesmarsch“ bekannt gewordenen Vertreibung nicht der Straftatbestand des Genozids – begangen durch Unbekannt – erfüllt worden sei.

Die Brüner Polizei ermittelt, warum bei der „wilden Abschiebung“ aus der südmährischen Metropole im Mai 1945 „Hunderte von Deutschen“ auf dem Weg zur österreichischen Grenze „gestorben sind“, berichtete kürzlich „Mlada fronta Dnes“. Zugleich will die Polizei untersuchen, ob diese Handlungen auch in der Zeit der Abschiebung strafbar gewesen wären.

Ermittler Zdenek Krejci sagte, man werde sich auch damit befassen, ob „einige gesetzwidrige Handlungen“ aus der damaligen Zeit nicht später amnestiert worden seien. In die-

sem Fall könnten die Täter nicht bestraft werden, so Krejci. Den Anstoß zu den Ermittlungen habe eine Gruppe von vier Personen, mit dem tschechischen Schriftsteller Ludvik Valulik an der Spitze, gegeben.

## Tschechien stellt EU-Beitrittsantrag

Tschechien werde im Jänner 1996 einen Antrag zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) stellen, erklärte Ministerpräsident Václav Klaus am 22. September. Der Regierungsausschuß für europäische Integration, dem auch Klaus sowie weitere Minister angehören, habe diese Entscheidung getroffen, meldete die tschechische Nachrichtenagentur CTK. Die Empfehlung des Ausschusses müsse noch vom Kabinett gebilligt werden. Der Beitrittsantrag werde der italienischen Regierung übergeben, die im ersten Halbjahr 1996 die Präsidentschaft innehaben wird. Tschechien ist derzeit assoziiertes EU-Mitglied. Polen, Ungarn und die Slowakei bewerben sich bereits um eine Vollmitgliedschaft.

## Vom SLÖ-Heimattreffen Wien – Klosterneuburg am 23./24. September Wir sind am schweren Schicksal nicht zerbrochen

Das diesjährige Jahrestreffen stand unter dem Motto: im Erinnern – Gedenken – Mahnen von 50 Jahren Vertreibung.

Schon am Samstag, dem 23. September, um 11 Uhr, herrschte reges Treiben beim In-fostand der SLÖ – rechtsseitig der Staatsoper – anmutige Leute in bunten heimatlichen Trachten, die längs der Kärntnerstraße hin und her bummelten. An vorübergehende Passanten wurden Prospekte, Broschüren und die „Sudetepost“ verteilt. Als Informationsquelle stand fast der gesamte Landesvorstand zur Verfügung. Von einzelnen Anpöbelungen abgesehen, verlief dieser Informationstag sehr zufriedenstellend. Die vormittag zugänglichen Museen Nordböhmen Heimatstube und Böhmerwaldmuseum mit Erzgebirgsstube erfreuten sich einer großen Besucherschar.

Beim sonntägigen Haupttreffen in Klosterneuburg schätzte die Gendarmerie die gesamte Teilnehmerzahl um 15.30 Uhr in und in unmittelbarer Nähe der Babenbergerhalle auf 1000 Personen. Der Besucherandrang im Mährisch-Schlesischen Heimatmuseum in der Rostockvilla war zeitweise beängstigend, so viele zeigten Interesse für die derzeitige Ausstellung: 1945 – 1995 – Aus der Heimat vertrieben – Verdient um Österreich.

Die Buchausstellung und der Stand des Frauenarbeitskreises (Zur-Schau-Stellung von Handfertigungsarbeiten) waren Magneten im Foyer der Halle. Rekordzahlen an Trachtenträgern – geschätzte Zahl eines Beamten: ca. 200 – wies der Trachtenzug auf. Als Gästebordnungen nahmen am Umzug teil: Der Kameradschaftsbund Klosterneuburg, die Klosterneuburger Tiroler sowie mehrere Trachtenpaare in Zwitauer Tracht aus Deutschland.

### Zahlreiche und hochrangige Gäste

Rührend würdige Worte, zu Ehren unserer durch Gewalt umgekommenen und verstorbenen Landsleuten, sprach Frau Johanna von Ethhofen auf dem Sudetendeutschen Platz. Beim Erklingen des „Guten Kameraden“ während der Kranzniederlegung wurden viele Augen feucht, in Erinnerung an liebe Menschen und im Erinnern an eine schreckliche Zeit. Den Höhepunkt des Tages bildeten die Ansprachen von Landsmannschaftsvertretern und Politikern in der Babenbergerhalle. SLÖ-B.K.-Ref. Prof. W. Kowalsky eröffnete und begrüßte namentlich: Paten-Bürgermeister Dr. G. Schuh, Univ.-Prof. DDr. F. Röhrig (Chorherrenstift), Dr. Tassilo Broesigke (RH.-Präs. a. D.), Abg. z. NR. Dr. Harald Ofner, Abg. z. NR. Dr. Höchtel, LAbg. A. Preiszer, LAbg. Dr. R. Stix, LAbg. Gerhard Zeihsel, St.R.v.King. Dr. J. Mü-

ler Fembeck, von der Deutschen Botschaft die Herren Dr. H. Thoma und Dr. W. Schleser, von der Österr. Landsmannschaft Frau Dr. G. Schuller, den Obmann der VLÖ, Dipl.-Ing. R. Eimann, den Obmann des Dachverbandes der Südmährer, Dr. G. Ladner, den Obmann der Landsmannschaft Thaya, Dkfm. J. Ludwig, den Obmann der SLÖ, Karsten Eder, den Obmann des KV-Nikolsburg, Ing. Reiner Elsinger, von der Klemensgemeinde, G. Freissler, des weiteren wurden ohne Namensnennung alle Gemeinderäte von Wien und Klosterneuburg, alle Landes- und Heimatgruppen-Obleute der SLÖ, alle Gast-Trachtenvereine aus dem In- und Ausland, alle anwesenden Journalisten sowie alle Landsleute und Freunde der Sudetendeutschen herzlich willkommen geheißen. Bürgermeister Dr. Schuh erneuerte in seinem Grußwort abermals seine Treue zur Sudetendeutschen Landsmannschaft. NRAbg. Dr. Harald Ofner beteuerte in seiner Rede ebenfalls seine Verbundenheit als geborener Wiener zu den Sudetendeutschen. Klar und deutlich vertrat er den Standpunkt, daß die ČR in die EU solange keinen Einlaß haben dürfe, solange sie an den Beneš-Dekreten festhält. An Demokratieverständnis müßten die tschechischen Verantwortungsträger noch viel lernen. NRAbg. Dr. Höchtel vertritt die Meinung, daß Vertreibung und Aggression sich niemals lohnen dürfen, deshalb dürfe das Unrecht, das die Vertriebenen erleiden mußten, heute nicht als Recht verkauft werden. Landesverbandsobmann Schmidl tadelt in seiner kurzen Ansprache die Haltung des tschechischen Staatspräsidenten Václav Havel, der vor kurzem bei seinem Auftritt in Nürnberg mehrmals von der Ungerechtigkeit seines Landes durch das Münchener Abkommen sprach. Keine Silbe über die Ungerechtigkeit der Vertreibung von Millionen Sudetendeutschen und Ungarn, durch seine Nation. „Die Welt wird nicht besser, wenn Vertreiberstaaten sich jeweils nur in der Opferrolle sehen, aber eigene Täterschaft nicht gelten lassen wollen,“ argumentierte der Landesverbandsobmann. „Mit Verdrängnis- und Rechtfertigungstaktik sowie Dialogverweigerung mit den Betroffenen kann keine echte Partnerschaft entstehen,“ gemahnte er die tschechische Seite, sich endlich dem düstersten Kapitel der eigenen Geschichte zu stellen. Mit dem Anliegen, alle Landsleute mögen mithelfen, daß ihre Nachkommen nach und nach als Amtswalter Funktionen in der Landsmannschaft übernehmen und der Bitte, das einzige Sprachrohr der Sudetendeutschen in Österreich, die „Sudetepost“, zu abonnieren, verdeutlichte der Landesobmann, wie notwendig es ist, Werbung zum Erhalt unserer Gemeinschaft durchzuführen.

Ing. Reiner Elsinger lobte die gute Zusammenarbeit des Dachverbandes der Südmährer

mit dem SLÖ-Landesverband Wien, NÖ., Bgld. In drei Punkten listete er die Strategie, in der Haltung der Landsmannschaften gegenüber der ČR, für die nächste Zukunft auf.

Das Hauptreferat hielt der Vertreter des Stadtrates, Herr Dr. H. R. Übelacker, aus München. Seine Thematik: „Zur Situation von fünfzig Jahren Vertreibung“ umfaßte mehrere Kapitel. Aus Platzgründen können wir nur einzelne Passagen aus seinen Ausführungen bringen. Aus „Potsdam 1945 oder „humaner Bevölkerungstransfer“: Eine Rechtfertigung für humanen oder gar „inhumanen“ Bevölkerungstransfer kennt das Völkerrecht nicht. Den alliierten Siegern war es vorbehalten, diese Unrechts-Praxis in den Umgang von Staaten und Völkern einzuführen. Die schauerlichen Folgen daraus können wir den täglichen Fernsehsendungen über die Ereignisse am Balkan, in der ehemaligen Sowjetunion (Tschechien, Aserbaidschan), Schwarzafrika sowie Fernost entnehmen. Hätten die Alliierten Rechtsbruch und Willkür-Maßnahmen 1945 bis 1946 mit allem Nachdruck untersagt und geächtet, so wäre der Menschheit mit höchster Wahrscheinlichkeit viel Leid und Tod im Zigmillionen-Ausmaß erspart geblieben.

### Entlarvende Rede Vaclav Havel

Aus „Kollektiv-Strafe und Versöhnungs-Terror“: Als „Mann des Rechts“ und des Wunsches des friedlichen Zusammenlebens der Völker stelle ich mich mit Unbehagen fest, in welcher Art und Weise die Täter mit Dreistigkeit und wachsender Medienakzeptanz zunehmend versuchen, ihre Untaten durch wahrheits- und rechtswidrige Behauptungen nachträglich zu rechtfertigen. Selbst der tschechische Staatspräsident Václav Havel hat in seiner entlarvenden Prager Universitätsrede vom 17. Februar 1995 unter Preisgabe aller früheren Versöhnungs- und Ausgleichsansätze eine Kehrtwendung vollzogen. Was immer deutsche bzw. sudetendeutsche „Versöhnungspostel“ bei der Exegese von Politikerreden in Prag herausgefiltert haben: Es ist seither widerlegt und zwar ausgerechnet von jenem „Hoffnungsträger“, der selbst bei den Landsmannschaftsspitzen zeitweilig Euphorie ausgelöst hatte.

Aus Raubsicherungspolitik: Es ist keine tragfähige Grundlage für die Versöhnung, wenn die tschechische Seite ständig darauf verweist, daß sie eben stets eine andere Betrachtung und Interpretation der Geschichte haben werde und schlicht an der entschädigungslosen Konfiskation, dem Recht auf „ethnische Säuberungen“ und dem Recht, straffrei krimi-

## Gedanken des Bundesobmannes

Eine auflagenstarke Zeitung berichtete, daß den Slowaken jetzt ein EU-Veto droht! Begründung ist, sollte Mochovce (slowakischer Atomreaktor) mit Ost-Technik fertiggestellt werden, so würde die Slowakei ein absolutes Mindestmaß für einen EU-Beitritt nicht erfüllen.

Damit ist die Slowakei nicht allein. Auch Slowenien hat diesbezüglich Probleme und die Tschechische Republik erst recht.

Ich halte es für verantwortungsvoll von Politikern und Medien, die tschechische Regierung im Glauben zu lassen, daß mit den rechtswidrigen Beneš-Dekreten ein Eintritt in die EU problemlos vor sich gehen kann.

Die tschechische Regierung hat sich bei der Menschenrechtskonferenz in Wien verpflichtet, diskriminierende Gesetze und Verordnungen aus ihrer Rechtsordnung zu streichen. Was ist bis heute geschehen? Sie werden verteidigt und man hofft, daß sich niemand daran erinnert, was die Tschechen unterschrieben haben.

Ist es so wie mit den Abkommen in Ex-Jugoslawien bzw. in Bosnien-Herzegowina? Unterschrieben und schon wieder vergessen.

Wir vermissen in den Medien Aussagen wie: Beneš-Dekrete, den Tschechen droht jetzt EU-Veto! Eine gleiche, ehrliche – vielleicht daher nicht diplomatische – Aussage und vor allem das dementsprechende Handeln, erwarten wir auch von verantwortungsbewußten Politikern.

Warum dies nicht in entsprechendem Ausmaß geschieht, ist vielen Mitmenschen unverständlich und läßt sie an der Ehrlichkeit der Verantwortlichen zweifeln. Entweder es gibt Grundsätze, Richtlinien und Mindestanforderungen für einen EU-Beitritt für ALLE, oder es gibt sie nicht.

Es geht hier nicht um einen billigen Handel, „Ich laß hier etwas nach, Du kommst mir dort entgegen“. Es geht um eine Rechtsordnung, die entweder beachtet wird, oder nicht.

Wenn man sie nicht beachtet, darf man sich nicht wundern, wenn die Bevölkerung den Glauben an das Recht verliert, meint Ihr

Bundesobmann Karsten Eder

nelle Taten an Deutschen für rechtens zu erklären, festhält.

Solange die ČR mit breiter, angeblich „demokratischer“ Mehrheit in Raub, „Odsun“, Massenmord und entschädigungsloser Konfiskation (150 Milliarden DM) zulässige Mittel ihrer Politik im Herzen Europas erblickt, gilt: Sie ist keine Kulturation, kein Rechtsstaat, kein Wirtschaftsaspitant – und somit kein ernsthafter EU-Kandidat.

Die Zeit für abschließende Erklärungen der Parlamente in Bonn und Prag – gegebenenfalls auch in Wien – ist noch längst nicht reif. Es reift aber die Zeit für vorsichtige Sondierungen zwischen Sudetendeutschen und Tschechen, unter Beteiligung der Schutzmächte Deutschland und Österreich. Wir sollten unter Berufung auf die Obhuts- und Schirmherrschaftsverpflichtungen stellen Regierungen vom hiesigen „Heimattreffen“ aus anregen und bitten, sich mit Augenmaß und Konsequenz der berechtigten Anliegen der sudetendeutschen Volksgruppe anzunehmen. Soweit der Vertreter des Sudetendeutschen Rates. Alle Redner erhielten während und nach ihren Beiträgen starken bis stürmischen Applaus. SL-K-Ref. Prof. Kowalsky dankte im Schlußwort allen Mitwirkenden und Mitgestaltern dieses Heimattreffens. – Für die gesangliche und musikalische Umräumung stellten sich der Chor Weidling und die Trachtenkapelle Klosterneuburg zur Verfügung. Der Gottesdienst in der Stiftskirche war sehr gut besucht. Die heilige Messe zelebrierte Pfarrer J. Zaradnik aus Passau.

## Tschechische Agrarproduktion seit 1989 dramatisch gesunken

Der Transformationsprozeß in der tschechischen Landwirtschaft hat seit dem Beginn im Jahr 1989 einen Rückgang der gesamten Agrarproduktion um 22,4 Prozent zur Folge gehabt. Aufgrund der unruhigen Privatisierungs- und Anpassungsatmosphäre im Land stagniert die Produktionsintensität

Die Rindviehzucht ist von 1989 bis 1994 um mehr als ein Viertel zurückgegangen, sagte Josef Kraus, Direktor des tschechischen Forschungsinstituts für Agrarwirtschaft, kürzlich bei einem Vortrag in Wien.

Die Struktur der pflanzlichen Produktion hat sich im Gegensatz zur tierischen im Grunde nicht verändert. Die Erzeugung von Ölpflanzen befindet sich im Wachstum, bei den Kartoffel- und Zuckerrübenflächen sei nur ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen hat sich innerhalb der ersten Reformjahre von 533.600 auf 245.800 reduziert. In der Unternehmensstruktur sind die Genossenschaften weiterhin in der Überzahl, der Anteil an privaten Unternehmen

steigt jedoch stetig, heißt es in der Studie.

Aufgrund der gesunkenen Reallöhne, der damit einhergehenden geringeren Kaufkraft und der höheren Preise hat sich der Nahrungsmittelverbrauch im Vergleich zu 1989 um durchschnittlich 20 Prozent verringert. Bei Rindfleisch ist der Rückgang von 30 kg pro Kopf und Jahr auf 18,5 kg besonders dramatisch ausgefallen. Das Minus beim Konsum von Milch und Milchprodukten von jährlich 259,6 Liter pro Kopf auf 195 Liter sei vor allem auf die viel höheren Preise zurückzuführen, so die Studie. Der Butterverbrauch ist zugunsten der pflanzlichen Fette und Öle von 9,4 auf 5,3 Kilogramm pro Kopf und Jahr zurückgegangen.

## Scharfer Protest Neubauers gegen Versteigerung von Sudeten-Land

Als „unvorstellbaren Affront gegen die Sudetendeutschen, eine Brückierung der deutschen Bundesregierung und einen Verstoß gegen die Rechtsordnung der EU“ bezeichnete der Sprecher der Sudetendeutschen in der BRD, Franz Neubauer, am 27. September die Pläne des tschechischen Landwirtschaftsministers Josef L u x , eine halbe Million Hektar überwiegend im Sudetengebiet gelegene landwirtschaftliche Flächen versteigern zu lassen. Neubauer nannte die tschechischen Pläne, bei denen nur tschechische Bürger zum Zug kommen sollen, einen „Gipfel nationalistischen Ungeistes“. Es laufe auf den Versuch hinaus, das Lebenswerk (des früheren tschechoslowakischen Präsidenten) Beneš, nämlich die ethnische Säuberung der böhmischen Länder, zu vollenden.

Neubauer verglich die blockierte EU-Integration Sloweniens auf Grund offener Land-erwerbsprobleme mit Italien mit den nun

geplanten Versteigerungsaktionen in Tschechien, die die Sudetendeutschen angingen. Damit werde die Europareife Tschechiens in Frage gestellt. Nach den Worten Neubauers werde Deutschland nunmehr an die Tschechische Republik das gleiche Maß anlegen müssen wie Italien und mit ihm die EU an Slowenien. Im Europaparlament wachse die Kritik an den Beneš-Dekreten und an der gegen EU-Recht verstoßenden Eigentumspolitik Tschechiens, auch Bonn werde den EU-Rat mit dieser Frage befassen müssen.

In Prag scheine das Gewicht der öffentlichen Meinung in der gegenwärtigen Zeit unterschätzt zu werden und Bonn werde sich fragen müssen, ob mit dem tschechischen Vorstoß nicht den laufenden Gesprächen über die Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen der Boden entzogen worden sei, argumentierte Neubauer abschließend.

# Eder: EU-Verhandlungen mit Tschechien erst nach der Aufhebung der Beneš-Dekrete!

Die in Österreich lebenden Sudetendeutschen wollen Einfluß auf die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Tschechien nehmen. „Wir erwarten uns eine gemeinsame Aktion der Regierungen in Bonn und Wien“, sagte Karsten Eder, Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft, kürzlich gegenüber der Austria Presse Agentur.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in der damaligen Tschechoslowakei zur Vertreibung der deutschsprachigen Bürger aus den von ihnen seit Jahrhunderten bewohnten Gebieten. 3,5 Millionen Menschen wurden damals vertrieben, 242.000 kamen dabei ums Leben.

Karsten Eder beklagt, daß in den Gesprächen mit der tschechischen Seite bisher keine Fortschritte erzielt werden konnten: „Auf niedrigerer Verwaltungsebene sind die Kontakte heute zwar schon recht gut, doch weiter oben geht gar nichts.“ Dennoch seien die Sudetendeutschen nicht zu Abstrichen von ihren Forderungen, die auch ein Heimatrecht beinhalten, bereit. „Die Beneš-Dekrete sind

direkt mit den Nürnberger Rassengesetzen vergleichbar. Damals ist ein Unrecht gesetzt worden, das bis heute nicht getilgt worden ist. Von Prag führt ein roter Faden nach Srebrenica“, sagte Eder.

Vor einigen Jahren habe er der österreichischen Politik gegenüber den Sudetendeutschen „Kindesweglegung“ vorgeworfen, sagte Eder. Man habe aber heute verstanden, daß man „nicht das einzige Anliegen der österreichischen Regierung“ sei. Erstes Anliegen der Sudetendeutschen sei heute ein Dialog mit Tschechien: „Wir wollen dem Land nicht schaden, sondern Unrechtszustände beseitigen. Schließlich ist es auch unsere Heimat“, sagte Eder.

„Wer unter das gemeinsame europäische Dach will, soll zuerst seine Hausordnung in Ordnung bringen.“ Erst müßten die Beneš-Dekrete über die Vertreibung 1945 außer Kraft gesetzt werden, danach könne man EU-Beitrittsverhandlungen mit Prag aufnehmen, forderte Eder.

Der freiheitliche Nationalratsabgeordnete Harald Ofner hat die Politik der österreichischen Bundesregierung gegenüber Tschechien massiv attackiert. „Während der tschechische Ministerpräsident Václav Klaus in herablassender Arroganz die Vertreibung der Sudetendeutschen endgültig für Geschichte erklärt, ermet er von unseren Verantwortlichen beifälliges Schweigen“, sagte Ofner beim Sudetendeutschen Heimattreffen in Klosterneuburg.

Im Hinblick auf einen bevorstehenden EU-Beitrittsantrag Tschechiens sagte Ofner: „Jedes Mitglied kann die EU-Aufnahme von Tschechien verhindern. Und ich kann nicht verstehen, daß die Regierung sich nicht an-

schickt, Vorbehalte gegen Prag anzumelden.“ Er erwähnte das italienische Veto gegen EU-Assoziationsverhandlungen mit Slowenien. Auch in diesem Fall sind ungelöste Minderheitenfragen der Grund für die italienischen Vorbehalte. Auch ÖAAB-Obmann Josef Höchtl geißelte in scharfen Worten die „furchtbare Tragödie der Vertreibung“ der Sudetendeutschen. Er forderte die Regierung in Prag zum Dialog auf und verlangte die Rücknahme der Beneš-Dekrete und der 1946 ausgesprochenen Amnestie der bei der Vertreibung begangenen Verbrechen. Die Sudetendeutschen seien zu einem Frieden als Partner bereit und wollten „eine gemeinsame Zukunft, aber nicht als ewig Vertriebene.“

### Wir haben gelesen

**Bernhard Pollmann: „Riesengebirge mit Isergebirge – Die schönsten Wanderungen“, Rother-Wanderführer. 1. Auflage, 1995, 144 Seiten mit 54 Farbfotos, 10 Wanderkärtchen und zwei Übersichtskarten, Format 11,5 mal 16,5 cm, kartoniert, ISBN 3-7633-4045-9, Preis: DM 19,80 / öS 155.–.**

Im Münchener Bergverlag Rudolf Rother ist soeben ein Büchlein erschienen, das Beachtung verdient und allen Landsleuten aus Böhmen und Schlesien empfohlen werden kann. Nach mehr als einem halben Jahrhundert ist wieder ein Wanderführer mit ausgewählten Wanderungen im Riesengebirge und im Isergebirge erhältlich, der neben den derzeitigen polnischen und tschechischen Namen fast lückenlos auch die ursprünglichen deutschen Bezeichnungen der Berge, Flüsse und Ortschaften auführt. Das bedeutet eine nicht hoch genug einzuschätzende aktuelle Dokumentation des sprachlichen Belegs für die deutsche Siedlungsgeschichte in den Sudeten. Auch in der heutigen Zeit findet der aufmerksame Wanderer Gipfel und Bergwiesen mit großartigen Ausblicken, gewaltige Felsszenarien, wasserfalldurchtoste Schluchten, artenreiche Laubwälder, Wollgrasmoore und Seen. Riesen- und Isergebirge bilden eine räumliche Einheit mit einer durchlässig gewordenen Staatsgrenze. Das Gebiet steht zum überwiegenden Teil unter strengem Naturschutz. Die wandertouristische Infrastruktur ist als vorbildlich zu bezeichnen. Das dichte, perfekt ausgeschilderte Routennetz bietet mit bequemen Wegen, gesicherten Felssteigen oder naturnahen Pfaden viele Möglichkeiten. Die zahlreichen, wieder in privater Hand befindlichen Bauden verwöhnen mit köstlicher Küche und preiswerter, guter

Unterkunft und ermöglichen problemlose Mehrtageswanderungen ohne Fahrzeug. Dank der zahlreichen für den öffentlichen Verkehr gesperrten Wirtschaftswege ist es auch ein vorzügliches Radwandergebiet, und Kletterer finden Tausende von Anstiegen aller Schwierigkeitsgrade in den Feldenstädten von Adersbach, Wekelsdorf und Prachov. Ein gelungener Führer mit vielen Farbbildern und farbigen Kartenausschnitten, mit dem Sie auf den Wegen der Jugend wandern können. Ein informatives Geschenk auch für Ihre Kinder und Enkel, das es leicht macht, die Herkunftsheimat zu erkunden.

Helmut Kneitschel

**Alfred Mühlbacher-Parzer: „Von Pythagoras zur Pentagrammsammlung in Neydharting“, Neuerscheinung in der Schriftenreihe des Verbandes Österreichischer Privatmuseen Bad Neydharting.**

Die Schriftenreihe des „Verbandes Österreichischer Privatmuseen Bad Neydharting“ wurde mit der Neuerscheinung „Von Pythagoras zur Pentagrammsammlung in Neydharting“ als Band XII ergänzt. Der Autor, DDr. Alfred Mühlbacher-Parzer, ist Wissenschaftlicher Leiter des „Drudenfuß-Museums“ und Ehrenkonsulent des Verbandes Österreichischer Privat-Museen. Nachdem er das Museum seit Jahren völlig neu gestaltet hatte, ergänzte er dieses auch noch laufend mit interessanten Ausstellungsstücken – und als Krönung liegt nunmehr seine neueste Publikation vor. Dem Werk gab der Autor im Gedenken an den Gründer des neuen Moorbad Neydharting und der Museen, Prof. h. c. Otto Stöber, den Untertitel „Marginalien zur Drudenfuß-Forschung“.

### Eine Liebeserklärung an Krumau

Mit dem prächtig gestalteten Bildband „Die Stadt am blauen Fluß. Egon Schiele und Krumau“ (Wirtschaftstrend Zeitschriften Verlag, 248 Seiten, S 498.–) hat der gebürtige Krumauer Dr. Franz E. Wischin aus Linz ein Werk geschaffen, das in dem Leben des heute 84jährigen Böhmerwäldlers eine Krönung darstellt. Die Konzeption ist besonders interessant und eigentlich ungewöhnlich. Hier werden nämlich die Stadtansichten des großen österreichischen Expressionisten Egon Schiele den heutigen landschaftlichen und städtebaulichen Gegebenheiten gegenübergestellt. Bewußt wird mit textkonform beigefügten kleinen Skizzen aufgezeigt, welcher Stadtteil jeweils von Schiele gemalt wurde und wie es eben Schiele einst sah. Und beide Komponenten dieses liebevoll gestalteten und kostbar repräsentierten Bandes beweisen die Schönheit dieser so idyllischen südböhmischen Stadt. Karl Fürst von Schwarzenberg drückt es so bewegend im Vorwort aus, wenn er feststellt: „Es ist etwas von der Melancholie in seinen Bildern, die diese vergessene Residenz zu Anfang dieses Jahrhunderts umwehte, und vom Verfall der alten Pracht, der da begann“.

Heute ist Krumau zum beliebten Reiseziel von Abertausenden geworden, sie staunen über die überraschend aufregende Kulisse der Renaissancestadt, die eine der größten Burganlagen Europas darstellt und deren architektonischem Reiz sich der Wiener Maler Egon Schiele (seine Mutter stammt aus Krumau) mit aller Liebe und künstlerischem Flair hingab.



Franz E. Wischin verdanken wir schon seine literarische Hymne an die künstlerisch und volkscundlich bedeutsame Krumauer Madonna. Man kann Franz Wischin zu dem prächtigen Bildband (unterstützt von der CA) herzlich gratulieren und man muß zugleich sein Erstaunen und die Bewunderung ausdrücken, wie hier ein Mann auf schöne Weise bestätigt, daß hohe Lebensjahre kein Greisentum zu sein brauchen. Man spürt aus all den Seiten dieses Buches, daß hier mit frischer Begeisterung ein literarisches Loblied auf eine Stadt gesungen wird, in der es sich zu leben lohnte und die man heute in Bewunderung neu erleben kann. Um dabei auch zu bedenken, daß dieses heutige Krumlov eine urdeutsche Stadt war – und im architektonischen Charakter geblieben ist. w.Sp.

## Sudetenland-Wimpel, -Leibchen und -Autokleber

Für diese bei allen Landsleuten und Freunden beliebten Dinge herrscht eine rege Nachfrage und wir können dazu anbieten: Wimpel: Dieser ist mit einer schwarz-rot-schwarzen Kordel und einer Aufhängevorrichtung versehen. Der Wimpel hat eine Länge von 25 cm und eine obere Breite von 15 cm. Auf der einen Seite ist das Sudetenlandwappen in den Farben Schwarz-Rot-Schwarz eingebetet, auf der Rückseite ist die Landkarte in Rot auf weißem Grund gehalten. Der Preis beträgt nur S 100.-. Autokleber bzw. Wappenbilder: Der Autokleber ist 17,5 cm lang und 11,5 cm hoch und kostet S 15.-, der Wappenkleber ist 8,5 cm hoch und 6,5 cm breit und kostet S 10.-. Auf beiden befindet sich das schwarz-rot-schwarze Sudetenwappen mit der schwarzen Schrift „Sudetenland“ im weißen Feld. Leibchen: Leider sind alle Erwachsenen-Größen ausverkauft. Es gibt von den Baumwoll-Leibchen (in Weiß, mit dem schwarz-roten Sudetenland-Wappen und schwarzer Aufschrift „Sudetenland“) nur mehr einige Reststücke für Kinder in den Größen 140 (zirka 6 bis 9 Jahre) und 152 (für Kinder von zirka 9 bis 11 Jahre) zum Sonderpreis von S 60.-. Zu all den angegebenen Preisen kommen noch die entsprechenden Portokosten. Bestellungen (bei den Leibchen mit Größenangabe) sind an die Sudetendeutsche Jugend, Kreuzgasse 77/14, 1180 Wien, zu richten. Die Zusendung erfolgt umgehend!

## Bücherangebot der Geschäftsstelle Wien

Das Buch „Schreie aus der Hölle“ ist bei der Geschäftsstelle der SLÖ, Hegelgasse 19/4, 1010 Wien, zu beziehen. Telefon 0 222/51 22 962 oder Fax: 51 21 05 20. Der Preis beträgt S 100.- plus Versandkosten. Persönliche Abholung täglich von 9 bis 11.30 Uhr.

Die schon vor längerer Zeit angekündigte Neuauflage des Buches „Schreie aus der Hölle“ mit dem Zusatztitel: „Ungeliebt“, von Ingomar Pust, ist nun endlich erfolgt. Es wird darin schonungslos und wahrheitsgemäß das schreckliche Drama der Sudetendeutschen in Form von Einzelschicksalen und Massenmorden während der Vertreibung durch die Tschechen geschildert. Diese Neuauflage ist jedermann zu empfehlen und es ist zu hoffen, daß zahlreiche Bestellungen getätigt werden. G.P.

# Unser Familiensilber verschleudert: Es ist eins vor zwölf!

Mit der Privatisierung der landwirtschaftlichen Böden in den deutschen Gebieten der ČR steht der letzte Akt der Verschleuderung unseres Familiensilbers bevor. Vergeblich wartet man seit Jahren auf die Aktivitäten der Spitzen unserer landsmannschaftlichen Vertretung und der uns befreundeten Politiker in Deutschland und Österreich zur Aufrechterhaltung unseres Rechtsanspruches. Konkrete juristisch zielführende Handlungen wurden keine gesetzt. Äußerungen unzuständiger und unfähiger Funktionäre, Sonntagsreden, leere Versprechungen der Politiker und eine unwissende Öffentlichkeit, wie auch eine zum Teil absichtlich gegnerische veröffentlichte Meinung sind das Umfeld einer Neuordnung der europäischen Staatengemeinschaft, in der der Panlawismus fröhliche Urständ feiert.

Manche Medien sehen den übergroßen Schatten des aggressiven Nationalismus nur in der „drohenden“ Vergangenheit und sind blind für die von Rußland bis zum Balkan aufbrechenden, für ganz Europa gefährlichen rassistischen und nationalistischen Tendenzen lauter zuspätgekommener Nationen, die offenbar nur die Sprache der Gewalt verstehen.

Die vertriebenen Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien haben, wenigstens was ihre Funktionäre betrifft, gar nichts aus der jahrhundertelangen „Feindschaft“ der Tschechen gelernt, die nach wie vor ganz unverhohlen und von keinem europäischen Kulturvolk widersprochen, aufrechterhalten wird.

Die Masse der Landsleute gibt sich moralisch überlegen oder rühmt sich ihrer staatstragenden Wichtigkeit in den Aufnahmeländern, was von deren Politikern allzugerne unterstrichen wird, damit keine Ansprüche und Forderungen erhoben werden. Andere, die seit vielen Jahren treu zur Fahne stehen, glauben mit etwas Nostalgie und Folklore, den Heimatanspruch aufrecht zu erhalten.

Dieser traurige Zustand der Heimatpolitik

wurde auch heuer wieder beim gutbesuchten „Sudetendeutschen Heimmattag“ in Klosterneuburg sichtbar.

Eine wunderbare Messe in der Stiftskirche, ein herrlicher, langer Trachtenfestzug mit vielen Wappentüchern und Fahnen zum sudetendeutschen Platz, eine ergreifende Totenfeier und wieder zurück zur Babenbergerhalle. „Patenonkel“ Bürgermeister Dr. Schuh brachte nicht nur seine herzliche Verbundenheit zum Ausdruck, sondern verurteilte auch die an den Vertriebenen begangenen Verbrechen vor fünfzig Jahren. Nationalratsabgeordneter Dr. Höchtl überbrachte die Grüße des Landeshauptmannes und äußerte sich im gleichen Sinne, indem er sich als südmährischer Landsmann solidarisierte, die ungeheuren Menschenrechtsverletzungen des Jahres 1945 anprangerte und volles Verständnis für die Forderung nach Reue und Sühne durch die Verursacher zeigte.

Klar formulierte auch Ing. Reiner Elsinger, Obmann-Stellvertreter des Dachverbandes der Südmährer, in einem Grußwort die drei heimatpolitischen Forderungen der Südmährer an die Sudetendeutsche Landsmannschaft:

1. Angesichts der unverjährbaren Menschenrechtsverbrechen des Jahres 1945, die schlicht und einfach und trotz aller Erklärungs- und Verharmlosungsversuche, einen kriminellen Tatbestand bilden, verlangen wir die vollständige Restitution unseres Selbstbestimmungsrechtes und finanzielle Wiedergutmachung.

2. Sollte sich die Regierung des Nachbarlandes weiterhin weigern, diese gegenüber dem Europarat eingegangene Verpflichtung auch uns gegenüber zu erfüllen, so ist die europäische Staatengemeinschaft darauf aufmerksam zu machen, daß hier ein Herd unüberbrückbarer Feindschaft mitten in Europa besteht.

3. Falls eine Erfüllung unseres Rechtsanspruches auch nach Meinung unserer Schutz-

mächte Deutschland und Österreich nicht möglich scheint, muß die Rechtswegunterbrechung (siehe Ermacora) durch die Verfassungsgerichtshöfe beseitigt werden und von unseren Aufnahmeländern, die unser Rechtsgut leichtfertig verschenken wollen, ersatzweise die volle Wiedergutmachung verlangt werden.“

Auch Landesobmann Albert Schmidl ermunterte zu einem unverrückbaren Rechtsstandpunkt. NR Dr. Harald Ofner, Minister a. D., zeigte dann in seinem Referat als Oppositionspolitiker nicht nur seine persönliche Verbundenheit durch eigenes Erleben 1945, sondern auch seine profunde Sachkenntnis des Problems. Er zeigte auch, wo vor allem die Versäumnisse auf politischem und juristischem Gebiet liegen. Dabei kam er zu dem Schluß, daß nur durch ständigen Druck auf die handelnden Politiker, in Deutschland und in Österreich, das bisher Versäumte nachgeholt werden könnte, wenn die Landsmannschaft energischer als in der Vergangenheit, immer wieder ihre Forderungen massiv in die öffentliche Diskussion einbringt. In ähnlicher Weise rückte auch das lange Grundsatzreferat von Dr. Horst Übelacker vom Witikobund die Dinge ins rechte Licht. Abgesehen von der zeitgeschichtlichen Betrachtung über die Verbrechen am deutschen Volk, sprach Übelacker ausführlich und aus Sachkenntnis über die völkerrechtlichen und hinsichtlich des Rechtsanspruches klaren Zusammenhänge. Seine Ausführungen waren für jeden aufrecht denkenden Sudetendeutschen lehrreich und aufbauend.

Die Veranstaltung wurde von Prof. Kowalski äußerst umsichtig geleitet. Mit dem Lied „Kein schöner Land“ gemeinsam mit der Weidlinger Chorvereinigung gesungen, die mit ihren Liedvorträgen die Veranstaltung umrahmt hatte, wurden die Teilnehmer, die ausgeharrt hatten, mit der Frage, wer die guten Ratschläge umsetzen wird, in den Abend entlassen. RE

## Bei der Sparkasse kann man nun Gold anlegen

In Österreich hat in den letzten Monaten eine Art „Goldrausch“ eingesetzt. Zwischen dem ersten Halbjahr 1994 und heuer ist der Absatz der Goldmünzen bei der Sparkasse von 84 auf 490 Millionen Schilling rapid gestiegen. Könnte man nicht eine Möglichkeit schaffen, daß jeder echtes Gold anlegt, war da die Überlegung der Allgemeinen Sparkasse Oberösterreich. Es wurde eine ideale Lösung gefunden: Die Goldanlage über Wertpapiere. Mit der S-Goldanlage über ein Wertpapier kauft der Goldanleger für jedes Stück Wertpapier ein Gramm pures Gold, das in purem Gold bei der Sparkasse für ihn bereitliegt.

Vorteile der S-Goldanlage gegenüber dem

Kauf von Barren, Münzen oder Dukaten: Es gibt kein Marktrisiko, keine Diebstahlsgefahr, keine Safekosten und unter anderem kein Währungsrisiko in fremden Ländern, aber das jederzeitige Recht auf Ausfolgung der gekauften S-Goldanlage in physischem Gold. Die Allgemeine Sparkasse OÖ. garantiert die jederzeitige Ausfolgung von zumindest 250-g-Barren ohne weitere Kosten. Bei der Abgabe eines 100-Gramm-Barrens wird jedoch ein einmaliger Unkostenbeitrag von 100 Schilling verrechnet. Der Zeitpunkt der Aktion ist günstig: Der Goldpreis ist derzeit niedrig und die Bange um das Staatsbudget läßt die Goldnachfrage steigen.

## Aus der sudetendeutschen Heimat

Von Toni Herget

### Pilsen

Interessant ist die Auswahl der Kandidaten der Kommunisten in Pilsen für die November-Kommunalwahlen in der westböhmisches Metropole. Unter den zehn ersten Bewerbern sind allein vier „Unternehmer“. An Nummer zehn erscheint der erste Rentner, und Rentner sind dann bis zum Schluß das Gros der Vertreter dieser Partei.

### Jungbunzlau

Die neue Skoda-VW-Marke Felicia, für die für 1995 Produktionszahlen von zirka 200.000 Stück vorliegen, soll zu etwa 38 Prozent auf dem tschechischen und slowakischen Markt verkauft werden. Im Jahr 1992 wurden in Deutschland 26.653 PKW verkauft, 1993 waren es 18.694 und 1994 nur mehr 18.022.

### Teltsch

Der Kern der südmährischen Stadt Teltsch wurde vor einiger Zeit von der UNESCO zum internationalen Kulturdenkmal erklärt. Zu diesem Zwecke reiste der Bürgermeister nach Frankreich, um dort Mittel zum Ausbau der Stadt und zur Erhaltung der denkmalgeschützten Häuser zu bekommen.

### Stadallendorf

Die einzige Vertriebenenstadt Hessens, Stadallendorf, nördlich von Marburg, hat ein kleines Bändchen über ihre Nachkriegsgeschichte herausgebracht: „Geschichte einer jungen Stadt“. Die vielfältigen Leistungen der Vertriebenen, vor allem der Sudetendeutschen, finden in dem Buch große Anerkennung. Die Leistungen von Altoberbürgermeister Heinz Lang und des langjährigen Vorsitzenden des Vertriebenenvereins, Zein, wurden von den Erstellern (Hans-Otto Eichler und Dr. Walter Dehnerts) gut herausgestellt.

# PRIVAT-WERBUNG für unsere Landsleute in der „Sudetenpost“

○ Wir bieten Ihnen ein Zeitungsorgan, das gezielt Ihre Landsleute anspricht.

○ Wir sind das einzige periodisch erscheinende Zeitungsmedium der Sudetendeutschen in Österreich.

○ Unser Verbreitungsgebiet ist ganz Österreich. Aber wir haben auch viele Leserinnen und Leser in Deutschland, in den USA und in anderen Ländern.

**NÜTZEN AUCH SIE DIE „SUDETENPOST“ ALS INFORMATIONSQUELLE MIT EINER BEZAHLTEN ANZEIGE!**

Und damit fördern Sie auch den wirtschaftlichen Weiterbestand der „Sudetenpost“!

**DEMNÄCHST DAZU NÄHERES IN DER „SUDETENPOST“!**

Die Fußwallfahrten zu der Mutter-Wallfahrtskirche Maria Schnee am Hl. Stein und der Tochter-Wallfahrtskirche Maria Schnee am Hiltschenerberg werden immer beliebter. Es gilt daher Danke zu sagen den Organisatoren und zwar: Am

### Dankeschön

2. 2.: Fest Maria Lichtmeß vom Hiltschenerberg nach Maria Schnee am Hl. Stein dem Anton Gruber aus Gutau; am 5. 8.: Fest Maria Schnee, vom Hiltschenerberg nach Maria Schnee am Hl. Stein dem Verein „Gedenkstätte Maria Schnee am Hiltschenerberg“; am 6. 8.: Maria-Schnee-Sonntag, von Mayrspindt, Pfarre Windhaag nach Maria Schnee am Hl. Stein dem Dekanat Freistadt und Pfarrer Kramar, Windhaag und am 15. 8.: Hochfest Maria Himmelfahrt, von Maria Schnee am Hl. Stein nach Hiltschenerberg dem Proponentenkomitee. Es wurde lobend anerkannt, daß sowohl am Beginn und am Ziel der Wallfahrten Hl. Messen bzw. Marienandachten gehalten wurden. Der Priester der Diözese Linz unternahm während einer Tagung im Stift Schlägl, vermutlich über Initiative des geistlichen Betreuers des Proponentenkomitees, Pfarrer Friesenecker aus St. Oswald bei Freistadt, am 30. 8. 1995 eine Wallfahrt nach Maria Schnee am Hl. Stein im Beisein des Hw. Abtes Felhofer vom Stift Schlägl und des Generalvikars von Budweis, Václav Dvo-

rak. Dem Priesterrat schlossen sich Wallfahrer des Dekanates Freistadt an, so daß die Wallfahrtskirche übervoll war. Man kann sagen, daß die Kirche noch nie so viele Priester beherbergte wie an diesem Tag. Es muß aber auch einmal gesagt werden, daß dies auf die guten Kontakte des Wallfahrtspfarrers Jan Toupalik mit der Diözese Linz und vor allem mit dem Dekanat Freistadt zurückzuführen ist. Alle Jahre wieder, und das seit 1990, geben die Geschwister Koschant aus Haßfurt-Pflanzen eine namhafte Blumenspende zur Ausschmückung der Wallfahrtskirche Maria Schnee am Hl. Stein für die Wallfahrtstage im August. Das Proponentenkomitee ist der Meinung, daß dies einmal öffentlich lobend bedankt werden soll.

Letzte (bittere) Nachricht von Maria Schnee am Hl. Stein: Dipl.-Ing. Prof. Karel Groulik ist nicht mehr. Er erlitt am 8. September 1995 (Fest Maria Geburt) abends einen Gehirnschlag, dem er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, am frühen Morgen des 9. September 1995 erlag. Prof. Karel Groulik war ein prominentes Gründungsmitglied des tschechisch-deutsch-österreichischen Proponentenkomitees zur Wiederherstellung der Wallfahrtskirche Maria Schnee am Heiligen Stein. Ein Nachruf für den unvergesslichen teuren Toten erfolgt in der nächsten Ausgabe der „Sudetenpost“.

Johannes Spörker



**VERFALL.** Zwei Zeugen, nämlich die Pfarrkirche (Bild) und der Gedenkstein an die in beiden Weltkriegen Gefallenen sind es, die an den dicht an Leopoldschlag im Mühlviertel gelegenen Ort Zettwing (Bezirk Krummau) erinnern. Die Pfarre Zettwing datierte bereits 1384. Die Kirche diente nach der Vertreibung der Marktbewohner militärischen Zwecken. Das Gotteshaus scheint dem Verfall preisgegeben zu sein. Das Kriegerdenkmal wurde von den ehemaligen Marktbewohnern renoviert. Foto: Humer

## Klarmüller-Ausstellung in Esslingen

Der „Arbeitskreis Jeschken-Isergebirge e. V.“, Mitglied der Künstlergilde, veranstaltet vom 3. bis 11. Oktober 1995 in der Osterfeldhalle in Esslingen-Berkheim eine Ausstellung von Werken des aus Gablonz stammenden und seit vielen Jahren in Wien lebenden Malers, Bildhauers und Medailleurs Prof. Heinz Klarmüller. Siegfried Weiss zeigt eine neue Lichtbilderserie „Die Schönheiten Nordböhmens vom Elbsandstein- bis zum Riesengebirge“ (7. 10., 15 Uhr), Salonorchester gestalten einen „Wiener Abend“ (7. 10., 19 Uhr) sowie einen „Nachmittag im Café Corso“ (8. 10., 15 Uhr) und Franz Rieger, dessen Initiative dieses bemerkenswerte kulturelle Ereignis in erster Linie zu verdanken ist, wirkt als einer der beiden Festredner an der Jubiläumsfeier „100 Jahre TSV Berkheim und Sudetendeutscher Turnverband“ (10. 10.) mit. Den Abschluß bildet ein Vortrag über die Tätigkeit der Künstlergilde Esslingen.

## Kampfjets für drei Milliarden Schilling

Die 24 amerikanischen F-16-Kampfjets, deren Ankauf Tschechien überlegt, würden insgesamt rund 280 Millionen Dollar (etwa drei Milliarden Schilling) kosten. Dies erklärte gegenüber der tschechischen Tageszeitung „Pravo“ (Wochenendausgabe) der Sprecher des Prager Verteidigungsministeriums, Václav Tichý. Über die Summe verfüge die Tschechische Armee (CA) zunächst nicht, fügte er hinzu. Allerdings könne man den genauen Preis noch nicht endgültig festlegen. Dies werde man erst nach einer gründlichen Analyse von einer tschechisch-amerikanischen Expertenkommission tun können, so Tichý.

## Jitschin: Größter Vergnügungspark

Der größte Vergnügungspark Mittel- und Osteuropas soll in der Nähe der altertümlichen böhmischen Stadt Jitschin (Jicin) erbaut werden. Wie am Samstag die tschechische Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ berichtete, stimmte das Jitschiner Stadtparlament dem entsprechenden Projekt einer deutschen Firma zu.

Der sich über eine mehr als 30 Hektar große Fläche erstreckende Park ist laut Projekt dem aus einem böhmischen Adelsgeschlecht stammenden kaiserlichen Feldherrn Albrecht von Wallenstein (1583–1634) und dem Mittelalter gewidmet. Auf dem Gelände sollen die originalgetreuen Nachbildungen bekannter mittelalterlicher Bauten aus ganz Europa entstehen. Zudem sind zahlreiche Attraktionen geplant. Der Investor rechnet mit rund 800.000 Besuchern im Jahr.

## Prager Blatt: Annullierung des Amnestiegesetzes wäre Harakiri

Das tschechische Amnestiegesetz von 1946 kann nicht revidiert werden, schrieb die auflagenstärkste tschechische Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ kürzlich. Nach den erlebten Greueln sei der Haß der Tschechen gegen „jene Bevölkerungsgruppe, die die CSR verraten hatte, so enorm“ gewesen, daß die „Strafverfolgung der Auswüchse des spontan ausgebrochenen tschechischen Nationalismus einem politischen – und wohl auch physischen Harakiri gleichgekommen wäre“, meint „Mlada fronta Dnes“-Kommentator Jan Stetka.

Das am 8. Mai 1946 von der provisorischen Nationalversammlung in Prag angenommene Amnestiegesetz hatte jene „Vergeltungsakte für die Taten der Besatzer oder deren Helfer“ für „rechtmäßig“ erklärt, die vom 5. Mai bis zum 28. Oktober 1945 begangenen worden waren. Als „vaterländische Taten des heimischen Widerstandes“ waren dadurch auch Verbrechen amnestiert, die während der sogenannten „wilden Vertreibung“ der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei begangen worden waren.

„Niemand hätte es wohl als Unrecht empfunden, wenn dieses Pardon nur für die Zeit

während der sogenannten zweiten Republik nach dem Münchener Abkommen gegolten hätte“, schreibt Stetka in „Mlada fronta Dnes“. „Heute können wir zwar die Nachkriegshetzjagd auf die Deutschen als ‚unangemessene Verteidigung‘ der Nation und Einzelner betrachten, die Zeitgenossen hatte aber das frische Erlebnis des Genozids (der Nazis an den Tschechen – APA) von ihrer Angemessenheit überzeugt“, fügt Stetka hinzu.

„Die Richtigkeit der verlängerten Toleranz kann gewiß bezweifelt werden“, so Stetka. „Dadurch wurde die oftmals rachsüchtig brutale Behandlung tschechischer Deutscher amnestiert. Andererseits muß man auch die damalige Realität in einem zerrütteten Land in Betracht ziehen, in dem mehrere Monate Chaos herrschte und weder die Polizei noch die Gerichte funktionierten.“

„Daß bestimmte Straftaten vor der Verkündung der Amnestie überhaupt nicht ermittelt und daß die Täter nicht verurteilt wurden, mißfällt unseren westlichen Nachbarn mehr als die Begnadigung an sich. Sie behaupten, daß die Präventivamnestie ohne Suche nach Schuldigen widerrechtlich sei“, schreibt Stetka.

Die tschechische Rechtsordnung lasse diese Vorgangsweise jedoch zu. Die tschechischen Oppositions- wie auch Koalitionspolitiker seien sich bis auf Ausnahmen darüber einig, daß man genauso wie keines der Beneš-Dekrete auch die Amnestie von 1946 weder revidieren noch annullieren könne. „Es wäre unakzeptabel und unnützlich aus politischen und rechtlichen Gründen – alle damaligen Straftaten sind längst verjährt“, betont Stetka.

Auch wenn Tschechien auf die Unveränderbarkeit der Beneš-Dekrete und des Amnestiegesetzes von 1946 bestehe, könnte in der geplanten gemeinsamen Erklärung des tschechischen und deutschen Parlamentes „ein Satz stehen, in dem die Tschechen einige an einem Teil der unschuldigen Deutschen begangene Taten bedauern werden“, so Stetka. „Solch ein Schlußpunkt hinter der kurzen Periode des Zusammenlebens beider Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg, gleichzeitig mit einer deutschen Reuebekundung in bezug auf die Zerschlagung und Besetzung der CSR, wären das beste Pflaster auf die erlittenen Wunden“, meint der „Mlada fronta Dnes“-Kommentator.

## Sudetendeutsche Wappenbilder

Wußten Sie, daß insgesamt 339 sudetendeutschen Städten, Märkten, Gemeinden und Ortsteilen ein offizielles Wappen verliehen wurde? Daneben gibt es aber bestimmt eine unbestimmte Anzahl von Ortssiegeln, die aber von den Gemeinden selbst gestaltet, aber nie von den Landesbehörden im Laufe der Jahrhunderte ordentlich verliehen wurden.

Von diesen 339 Wappen haben wir bis heute 241 Wappen – von Abertham über Landskron bis Zulb – angefertigt. Diese farbenprächtigen und bunten Wappen befinden sich auf weißem Grund und sind jeweils mit dem Namen beschriftet, denen sie zugeeignet sind. Darüber hinaus befinden sich diese Wappenbilder in einem schönen, hellen und glänzenden Naturrahmen in der Größe von zirka 15 mal 11 Zentimeter. Bisher herrschte eine rege Nachfrage von seiten der Landsleute. Wo können Sie diese Wappen erhalten?

Sie richten ganz einfach an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Kreuz-

gasse 77/14, 1180 Wien (Postkarte genügt), ein Schreiben und fragen an, ob es von Ihrem Heimatort ein Wappen gibt. Schreiben Sie gleich die Stückanzahl der allenfalls benötigten Wappenbilder – wir senden Ihnen diese so bald als möglich zu. Sollte das Wappen bereits sozusagen angefertigt sein, so haben Sie es in zirka vierzehn Tagen in der Hand. Sollte ein Wappen neu angefertigt werden müssen, dann dauert dies ein wenig länger. Schreiben Sie bitte unbedingt wenn möglich auch eine telefonische Erreichbarkeit auf die Postkarte, damit wir Sie allenfalls zurückrufen können, was es mit dem von Ihnen bestellten Wappen auf sich hat.

Ein Wappenbild samt Rahmen kostet S 70.– plus die Portokosten (alles wird gut verpackt und an Sie per Einschreiben abgesandt). Ein Zahlschein liegt zur Einzahlung bei!

Wir hoffen, daß Sie mit den Wappenbildern große Freude haben werden!

## Karpatendeutsche gegen Beneš-Dekrete

Der „Verband der Karpatendeutschen“ fordert die gesellschaftliche Gleichstellung der deutschen Minderheit in der Slowakei sowie die Aufhebung der umstrittenen Beneš-Dekrete, durch die die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg enteignet worden waren. In einem Interview mit der tschechischen Nachrichtenagentur CTK sagte kürzlich der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes, Otto Sobek, daß es dem Verband ausschließlich um die Rechte jener Karpatendeutschen gehe, die heute in der Slowakei leben.

Im Rahmen der Beneš-Dekrete waren die Karpatendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg enteignet und vertrieben worden. Von den ehemals rund 150.000 in der Slowakei lebenden Deutschen war rund ein Drittel vor der Roten Armee geflohen, weitere 50.000 wurden aus der Slowakei nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vertrieben.

Heute würden nur mehr zwischen 15.000 und 20.000 Deutsche in der Slowakei leben, erklärte Sobek. Es gehe dem 1990 gegründeten „Verband der Karpatendeutschen“, der rund 4.000 Mitglieder zählt, ausschließlich um slowakische Staatsbürger deutscher Abstammung. Um jene Deutschen, die geflüchtet sind oder vertrieben worden waren, könne sich sein Verband nicht kümmern. „Das ist ihr Problem“, sagte Sobek, der Professor an der Preßburger Wirtschaftsuniversität ist.

## Grenzkirchlein renoviert

Nach 1945 ließ es der „Eiserne Vorhang“ nicht mehr zu, daß die Einwohner der beiden Grenzgemeinden Schöneben und Sonnenwald die nahegelegene Kirche in Glöckelberg besuchen konnten. So wurde zunächst in der Schule Schöneben der Gottesdienst abgehalten.

Durch Spenden der Heimatvertriebenen und der einheimischen Bevölkerung gelang es, ein Böhmerwaldkirchlein zu errichten. 1962 eingeweiht, wurde es eine gern besuchte Gedenkstätte für unsere Landsleute. Im Lauf der Jahre wurden das Kirchlein und das Umfeld renovierungsbedürftig. Der Kameradschaftsbund Ulrichsberg übernahm dankenswerterweise die Sanierungsarbeiten. Die Außenseiten wurden saniert und die Sakristei gefärbelt. Die örtliche Feuerwehr sorgte dafür, daß der Brunnen vor der Kirche wieder Wasser hat.

Allen Beteiligten an diesen Arbeiten sagt unser Verband herzlichen Dank! Alljährlich hält der Verband der Böhmerwälder einen Gedenkgottesdienst in diesem Kirchlein. Heuer feiern wir am 30. April im Rahmen einer Kultur- und Grenzlandfahrt eine hl. Messe mit unserem Heimatpriester Pater Fritz Sailer.

## Bowling-Turnier für Alt und Jung

Zum Gedenken an unseren tödlich verunglückten Kameraden Norbert Göbel veranstalten wir am Sonntag, dem 8. Oktober, das 13. Norbert-Göbel-Gedächtnis-Bowlingturnier! Wir beginnen pünktlich um 15 Uhr in der Sporthalle „Engelmann“, Wien 17, Syringgasse 6-8 (Eingang Beheimgasse) Treffpunkt um 14.45 Uhr in der Halle. Dazu dürfen wir alle Bowling- und Kegelfreunde jedweden Alters herzlich einladen – auch die älteren Damen und Herren und ganz selbstverständlich alle jungen Leute und die Angehörigen der mittleren Generation. Anfänger können ebenfalls mitmachen. Es gibt eine Damen- und eine Herrenwertung! Für die Bahnbenützung wird ein kleiner Kostenbeitrag eingehoben. Es gibt wieder sehr schöne Pokale zu gewinnen. Kommen auch Sie und machen Sie bei dieser Veranstaltung für Alt und Jung mit!

## Kulturfahrt mit Stifter-Geburtstag

Der Verband der Böhmerwälder in Oberösterreich lädt zur Kulturfahrt nach Oberplan mit Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 190. Geburtstag Adalbert Stifters. Im Rahmen dieser Fahrt wird auch die Ruine Wittinghausen und St. Thoma besucht. Anmeldungen (jeden Montag von 9 bis 12 Uhr) in der Dienststelle des Verbandes, Urfahr, Kreuzstraße 7, Telefon 70 05 91 oder bei Karl Wiltschko, Urfahr, Rosenstraße 4, Tel. 71 06 53. Die Sitzplätze werden in der Reihenfolge der Anmeldungen vergeben.

## Heimatverband der Brüner ruft zu Verständigung auf

Die „Bruna“, der Heimatverband der Brüner in Deutschland, hat bei einem zweitägigen Bundestreffen Mitte September im bayerischen Schwäbisch Gmünd zu Versöhnung und Verständigung mit dem tschechischen Volk aufgerufen. Ohne gegenseitige Vergebung sei der Weg in die Zukunft verbaut, sagte Bundesvorsitzender Karl Walter Ziegler vor rund 500 Teilnehmern. Das Treffen stand unter dem Motto „50 Jahre nach der Vertreibung: Erinnerung, Verständigung, Versöhnung“.

Ziegler betonte, daß zum Vergeben „auch Verstehen und Verstehenlernen“ gehöre. Die Geschichte müsse frei von Irrtümern oder Resentiments aufgearbeitet und in das Bewußtsein der Völker gebracht werden. „Nach der Vertreibung aus der Heimat wollen wir nicht auch noch aus der Geschichte vertrieben sein“, sagte Ziegler.

Der CSU-Abgeordnete Otto von Habsburg forderte unter dem Beifall der vielen Zuhörer die internationale Ächtung von Vertreibung. Bis zur Verständigung mit den Tschechen sei es noch „ein weiter Weg“, doch hege er die Hoffnung, daß sie möglich sei. Bei vielen jungen Tschechen habe ein „Umdenken“ eingesetzt.

## Meciar und Kovac bereiten der Slowakei einen „heißen Herbst“

Den Politstrategen in Preßburg ist der Auftakt zu einer permanenten Krise in der Slowakei gelungen. Am vorletzten Sommerabend forderte die Regierung von Ministerpräsident Vladimír

Meciar Staatspräsident Michal Kovac zum Rücktritt auf. Die Slowakei kommt seit Wochen aus den negativen Schlagzeilen nicht heraus.

Bereits Ende August war vom „heißen Herbst“ die Rede – gemeint war der Dauerstreit zwischen Meciar und Kovac. Die praktisch machtlose Opposition mutmaßte, daß Meciar während der Herbstsession die Vertrauensfrage stellt: „Ich oder Kovac.“ Prompt ersuchte die Opposition Kovac, eine Demission Meciar's keinesfalls anzunehmen. Kovac seinerseits versicherte den Meciar-Gegnern, er werde den Regierungschef nicht aus dem Amt entlassen. Präsident und Opposition wollen Meciar „die Suppe selbst auslöpfeln lassen“. 1994 ist Meciar siegreich aus den Wahlen hervorgegangen, seine linksnationalistische „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS) stellt 60 der 150 Abgeordneten. Um der Regierung Meciar III eine Mehrheit zu garantieren, wurde mit der ultranationalistischen SNS neun Mandate) und der reformfeindlichen Arbeitervereinigung ZRS (zwei Mandate) eine Koalition der Extreme gebildet.

Bis zum bitteren Ende soll der Radikalpopulist Meciar regieren, verlangt der erfolgreiche Dissident und erfolglose Premier, Chef der „Christ-Demokratischen Bewegung“ (KDH), Jan Carnogursky. Die KDH kam bei den Wahlen auf magere 16 Mandate. Auch die „Demokratische Union“ (DU) von Ex-Premier Jozef Moravcik sprach 1994 nicht viele Wähler an –

mit 15 Parlamentariern schaffte sie es nicht, dem Land eine liberale Orientierung zu geben. Mit den 17 Parlamentariern der ungarischen Minderheit wollen zur Zeit weder Meciar noch die Opposition Staat machen.

Eine Comeback-Chance für Carnogursky und Moravcik liegt in einer allfälligen schmerzvollen Ernüchterung der Meciar-Anhänger. Meciar müßte erst einmal richtig abwirtschaften, damit er Wählergunst einbüßt und seine Gegner wieder an die Macht kommen. Da Moravcik in den USA weilt, riß Carnogursky die Oppositionsführung an sich, um Licht in die Entführungsaffäre um den Präsidentensohn Michal Kovac jun. zu bringen. Und es gibt einige Zufälle bei der Entführung von Kovac jr., die Spekulationen und Mutmaßungen über Mitwisserschaft oder gar Verstrickung des Geheimdienstes SIS Tür und Tor öffnen.

SIS-Chef und Meciar-Intimus Ivan Lexa erstattete Anzeige gegen Unbekannt: Mitarbeiter der Oppositionsblätter sollen den SIS verleumdet haben. Die Ermittler statteten der Redaktion der Zeitung „Narodna obroda“ einen Besuch ab, um die Namen der Informanten in Erfahrung zu bringen. Ein Mitarbeiter des Prager Privatsenders „TV Nova“ soll wegen seiner Berichterstattung über Kovac jr. bedroht worden sein. Den KDH-Vize und Ex-Parlaments-

präsidenten Frantisek Miklosko schlug man im Zentrum von Preßburg zusammen. Das Handwerk der Geheimdienste, mutmaßte Miklosko. Die Einschüchterung galt wohl Carnogursky, der potentielle Angreifer wissen ließ, er hätte als Präsenzdienster „ziemlich gute Ergebnisse bei Schießübungen“ gehabt.

Carnogursky macht sich nichts vor. Auf der Preßburger Politszene geht man miteinander nicht zimperlich um. An der Macht sei da ein „Diktator“, wie der einstige Weggefährte Meciar's und nunmehrige DU-Vize, Milan Knazko, gegenüber der Prager Zeitung „Denni telegraf“ meinte. Die Gegner des dreifachen Premiers der postkommunistischen Slowakei werfen ihm vor, er wirke machtbesessen und -versessen.

Ob slowakische Regimekritiker von selbst-ernannten HZDS-Demokratiebewegten „nur“ eingeschüchtert oder gleich mundtot gemacht werden, hängt nach Einschätzung der Preßburger Opposition nicht zuletzt vom Westen ab. Noch ist Preßburg nicht Moskau, wo nicht nur Banker, sondern auch unbequeme Journalisten auf offener Straße liquidiert werden. Noch spricht man der Slowakei Hoffnung und Mut zu – wohl im Glauben, daß eine „Demokratie karpatischen Typs“ immer noch besser ist als gar keine Demokratie.

## 6. Elbogener Orgelfest Musik und menschliche Begegnung

Alljährlich zieht es aus Anlaß des Elbogener Orgelfestes zahlreiche Menschen aus allen Himmelsrichtungen in das romantisch an der Eger gelegene Städtchen mit seiner majestätischen Burg. So auch wieder in diesem Jahr am 16. September. Eine besondere Ehre und Würdigung stellte der Besuch des Stellvertretenden Kulturministers, Ing. Josef Svovoda aus Prag, beim diesjährigen Orgelfest dar. Er zeigte sich hocheifrig über derartige gemeinsame sudetendeutsch-tschechische Aktivitäten. Und so wies auch das zweisprachige informative Programm als Veranstalter das Sudetendeutsche Musikinstitut (Träger: Bezirk Oberpfalz), die katholische Pfarrgemeinde und die Stadt Elbogen aus. Das erste Konzert fand um 17 Uhr in der vollbesetzten Dekanalkirche St. Wenzel statt. Der 1943 in Kindig bei St. Joachimsthal geborene, heute im Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin und als Solist in aller Welt tätige Trompeter Ewald Joseph Sadler bestach durch seinen wunderschönen Ton und seine Virtuosität. In den Werken von Telemann und Finger wurde er sicher und klangvoll begleitet vom Kirchenchor der Caecilia Karlsbad unter Leitung von Widmar Hader, in den Sonaten von Biber und Vejvanovský von dem Organisten und Kasseler Bezirkskantor Martin Wenning. Um 20 Uhr fand sich dann wieder eine stattliche Hörergemeinde im

neuen Konzertsaal auf der Burg ein. Auch hier musizierten wieder (sudeten-)deutsche und tschechische Musiker gemeinsam, und man konnte das 14jährige Elbogener Geigertalent Jan Zapf mit zwei Sätzen aus der Sonatine Op. 100 von Dvořák bewundern, das aus der Schule von Erika Hereit hervorging und nun am Konservatorium in Teplitz-Schönau sein Studium begonnen hat. In der in Alt-Rohlau an der Kunstgrundschule wirkenden jungen Klavierlehrerin Iva Hájková hatte er eine gewandte Begleiterin. Vier große Lieder des Prager Romantikers Joh. Wenzel Kalivoda fanden in Ulrike Hader eine stil-sichere Interpretin. Ewald Sadler demonstrierte eindrucksvoll seine Vielseitigkeit mit drei Pavanen von Don Milan, die er auf dem Flügelhorn spielte, und zwei weiteren Trompetenwerken, dem C-Dur-Konzert von Albinoni und dem virtuosen Solo-Charakterstück „Hahn und Hornisse“ von Jean Maire. Ein Feuerwerk an originellen Einfällen stellen „Die Leinenweber“ von Andreas Willscher dar, der selbst den Akkordeonpart spielte, und den Organisten Martin Wenning konnte man in diesem Konzert nun auch als ebenso vorzüglichen Klavierbegleiter und Pianisten erleben. Er spielte auch als Elbogener Erstaufführung Widmar Haders „Elbogener Klavierbüchlein“ (1962/1982). Das 7. Elbogener Orgelfest findet am 14. September 1996 statt.

## Sozialdemokraten insolvent Schachzug der Klaus-Partei?

Die größte tschechische Oppositionspartei, die Sozialdemokraten (CSSD) von Milos Zeman, sind laut Vizeparteichef Karel Machovec zur Zeit zahlungsunfähig. Die Insolvenz sei eingetreten, weil die Parteikonten eingefroren wurden, sagte Machovec nach Angaben der tschechischen Nachrichtenagentur CTK. Der Grund seien ungeklärte Eigentumsverhältnisse der traditionsreichen Parteizentrale „Lidovy dum“ (Volkshaus) in Prag.

In diesem Gebäude im Zentrum Prags war der Parteisitz der „Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei“ bis zu ihrer erzwungenen Fusion mit der KP Ende der 40er Jahre. Nach dem Fall des Kommunismus im November des Jahres 1989 haben die Kommunisten, die nie rechtmäßige Besitzer von „Lidovy dum“ gewesen waren, das Gebäude der neugegründeten Sozialdemokratie angeboten. Die CSSD bezog das Haus, aber das Prager Finanzministerium stellte den Besitz der CSSD in Frage und ließ die Mieteinnahmen einfrieren.

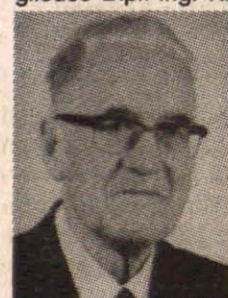
Beobachter stellten Spekulationen auf, daß diese Entscheidung einen politischen Hintergrund haben könnte. Finanzminister Ivan Kocarnik gehört der „Demokratischen Bürgerpartei“ (ODS) von Ministerpräsident Václav Klaus an. Die CSSD wird als Haupttrivale der mitregierenden ODS bei den Parlamentswahlen 1996 eingestuft. Ähnliche Verdachtsmomente nannte vor einigen Monaten auch der Vizepremier und Vorsitzende der „Christlich-Demokratischen Union – Tschechoslowakischen Volkspartei“ (KDU-CSL), Josef Lux.

CSSD-Chef Milos Zeman meinte in einem Interview mit der Tageszeitung „Rude pravo“,

die mitregierende ODS versuche die Sozialdemokraten daran zu hindern, ihren Wahlkampf durch Einnahmen aus Untervermietungen von „Lidovy dum“ zu finanzieren. Die CSSD denke daher über öffentliche Spendensammlungen nach, sagte Zeman.

## Karl Baschant †

Der Verband der Böhmerwälder in OÖ. betrauert das Ableben seines Ehrenmitgliedes Dipl.-Ing. Karl Baschant. Er ver-



starb am Dienstag, dem 19. September 1995, im 95. Lebensjahr. Dipl.-Ing. Karl Baschant, ein gebürtiger Böhmerwälder, hat sich zeit seines ganzen Lebens um die heimatpolitischen Anliegen der Böhmerwälder und der Sudetendeutschen sehr verdient gemacht. Besondere Verdienste erwarb er sich zuletzt auch um die Errichtung des Böhmerwaldmuseums in Passau. Eine ausführliche Würdigung unseres Ehrenmitgliedes erscheint in der nächsten Nummer der „Sudetenpost“ im Bericht der Bezirksgruppe Schärding der Sudetendeutschen Landsmannschaft in OÖ., deren langjähriger Obmann bzw. Ehrenobmann er war.

### Klaus: Kein Bund mit den Linken

Die Demokratische Bürgerpartei (ODS) des konservativen tschechischen Ministerpräsidenten Václav Klaus schließt jede Koalitionszusammenarbeit mit jeder linksorientierten Partei nach den Parlamentswahlen 1996 kategorisch aus.

Klaus erklärte kürzlich in einem Fernsehinterview, die ODS werde auf keinen Fall mit der kommunistischen Partei (KSCM), welchen Namen auch immer sie zu dem gegebenen Zeitpunkt trage, zusammenarbeiten. „Die ODS sieht auch keine Chance und keinen Grund für eine Zusammenarbeit mit der genauso postkommunistischen und deutlich prosozialistischen Sozialdemokratie (CSSD)“, fügte er hinzu.

### Militärabkommen mit den USA

Einen bilateralen Vertrag über den Schutz von militärischen Informationen zwischen Tschechien und den USA haben die Verteidigungsminister beider Länder, Vilem Holan und William Perry, Mitte September in Prag unterzeichnet.

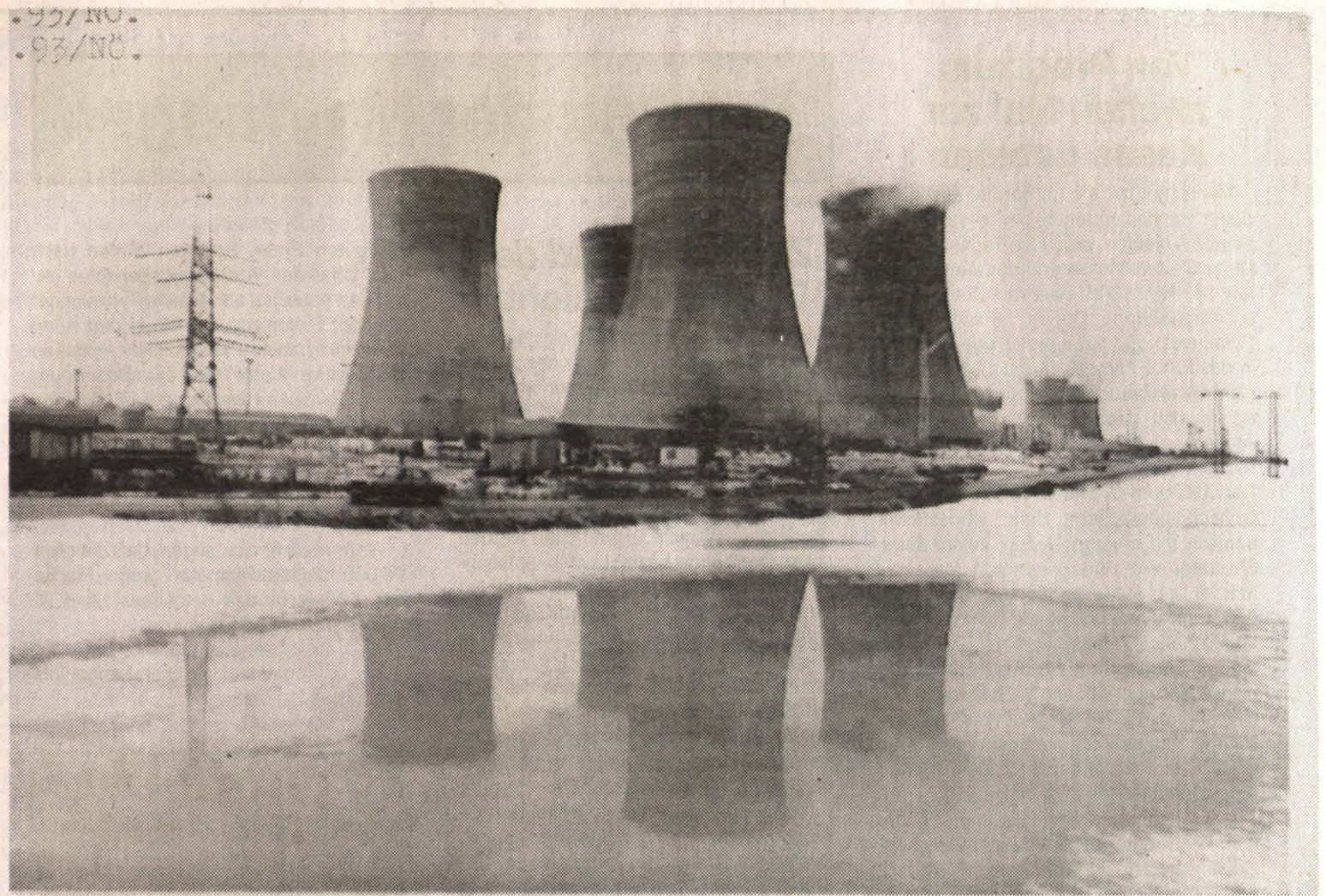
Wie die beiden auf einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärten, sei dieses Dokument ein wichtiger Schritt Tschechiens auf dem Weg in die Sicherheitsstrukturen des Westens. Perry betonte, Tschechien habe eine Schlüsselposition in Europa und liege an erster Stelle unter den Reformländern Mittel- und Osteuropas, was den Aufbau der Demokratie, der Marktwirtschaft und der friedlichen Beziehungen zu den Nachbarn angehe.

Auch habe Prag den größten Fortschritt auf dem Weg in die NATO getan.

### Treffen der Karlsbader

aus Stadt und Land in Wiesbaden am 7. und 8. Oktober 1995.

**Programm:** Samstag, 16 Uhr: Sitzung des Vorstandes des Heimatverbandes der Karlsbader im Clubzimmer, Friedrichstraße 22; 18 Uhr: katholischer Gottesdienst in der St.-Bonifatius-Kirche am Luisenplatz; ab 18 Uhr: gemütliches Beisammensein in der Marktschänke im Rathausbräu/Rathaus, Schloßplatz. – Sonntag, 10.30 Uhr: Festveranstaltung im Herzog-Friedrich-August-Saal der Wiesbadener Casinogesellschaft, Friedrichstr. Nr. 22. Begrüßung durch den Vorsitzenden des Heimatverbandes der Karlsbader, Dr. Peter Küffner. Festvortrag: „Erinnerungen an Karlsbad“. Anmeldungen erbeten bei G. Bräunl, Tel. 0 83 23/86 78.



Beim AKW Dukovany nahe der österreichischen Grenze hat Tschechien ein Atommülllager gebaut.

## Ab Oktober setzt Tschechien den Österreichern Atommüll vor die Nase

Prag (APA) – Das Zwischenlager für Atommüll auf dem Gelände des Kernkraftwerks im südmährischen Dukovany nahe der österreichischen Grenze ist fertiggestellt. Einer Mitteilung der das Lager betreibenden Tschechischen Energiewerke (CEZ) zufolge soll es Mitte Oktober den Probetrieb aufnehmen. Mit seiner Kapazität von 600 Tonnen soll das Lager neben den Altbrennstäben aus Dukovany selbst ab 1998 auch noch die des im Bau befindlichen zweiten tschechischen AKW in Temelin aufnehmen.

Der Aufwand für den Bau des Zwischenlagers, dessen Aufnahmekapazität im Jahr 2005 erschöpft sein wird, wird auf 140 Millionen Kronen beziffert. Hinzu kommen freilich auch noch 1,7 Milliarden Kronen für die Behälter und die Transporte. Ursprünglich war die tschechische Atomenergie davon ausgegangen, daß der anfallende Kernmüll in die Sowjetunion transportiert wird. Moskau hat jedoch 1991 den diesbezüglichen Vertrag mit Prag gekündigt. Damit muß das Lager in Dukovany auch noch 1176 ausgekohlte Kernbrennstäbe aufnehmen, die gegenwärtig im slowakischen Atommülllager Jaslovske Bohunice liegen und eigentlich gen Osten verbracht werden sollten.

Nicht geklärt ist bisher die Frage, wo der

nach dem Jahre 2005 anfallende weitere nukleare Müll zwischengelagert werden soll. Im Auftrag der CEZ wurden bisher elf Standorte überprüft.

Nach Aussage von Industrie- und Handelsminister Vladimir Dlouhy wäre aus rein ökonomischen und finanziellen Gesichtspunkten eine Erweiterung des jetzt in Dukovany bestehenden Zwischenlagers am effektivsten. Die Regierung wie die CEZ sind jedoch an eine Zusage der Kabinetts des ehemaligen tschechischen Premiers Petr Pithart aus dem Jahre 1992 gebunden. Damals war den Gemeinden um den Atommeiler Dukovany zugesichert worden, daß dort nicht mehr als 600 Tonnen Atommüll gelagert werden, was ein Drittel der Menge ist, die allein dieser Meiler während seiner aktiven Zeit produziert. CEZ-Vertreter schließen eine Aufhebung dieses Beschlusses heute nicht mehr aus. Es gibt jedoch auch inoffizielle Berichte, wonach Moskau angeboten haben soll, künftig wieder Altbrennstäbe im Austausch gegen neues Spaltmaterial abzunehmen.

Die Haltung der Bevölkerung in den als künftige Lagerstandorte in Frage kommenden Orten ist bisher deutlich ablehnend. Einer Meinungsumfrage zufolge stimmen allerdings zwischen 60 und 67 Prozent der Bevölkerung der

Nutzung der Atomenergie im Lande zu. Gegen den Bau von Brennstofflagern haben bis zu 55 Prozent der Befragten nichts einzuwenden – wenn sie sich am anderen Ende der Republik und nicht vor der eigenen Haustür befinden.

CEZ-Vertreter gehen jedoch davon aus, daß die Stimmung bis zum Jahre 2001, wo mit dem Bau des nächsten Lagers begonnen werden muß, zu ihren Gunsten umschlägt. Ihrer Aussage nach sind Ängste vor Strahlung unbegründet. Internationale Erfahrungen zeigen zudem, daß derartige Lager durchaus positive Auswirkungen auf die betreffenden Regionen haben können.

Um dies zu unterstreichen, wurden mehreren Kommunen bereits Summen für öffentliche Vorhaben wie Schulen und Gesundheitseinrichtungen zugeschoben. Insgesamt stellen die CEZ 100 Millionen Kronen für die Entwicklung jener Gemeinden in Aussicht, die dem Lager schließlich definitiv zustimmen werden.

Auch nach der Entscheidung über das neue zentrale Lager werden die Energiewerke die Sorgen mit dem strahlenden Müll jedoch noch nicht los. Auch dieses ist nur ein „Zwischen“-Lager, das höchstens 50 Jahre dienen kann. Ein Endlager, das die atomaren Reste auf Dauer beherbergen soll, ist bisher nicht in Sicht.

## Deutsche Bundeswehr übt mit Ungarn und Tschechen

Einheiten der Deutschen Bundeswehr werden noch in diesem Jahr im Rahmen der Nato-Initiative „Partnerschaft für den Frieden“ mit Streitkräften aus Ungarn und der Tschechischen Republik gemeinsame Übungen durchführen. Das kündigte der deutsche Oberbefehlshaber der Nato für Mitteleuropa, General Hansen, nach einer zwei Tage dauernden Beratung der Befehlshaber der alliierten Streitkräfte für Mitteleuropa in Potsdam an.

Im Frühjahr 1996 soll im niederländischen Brunssum eine „multinationale Stabsrahmenübung in einer friedenssichernden Mission“ durchgeführt werden, an der auch Nicht-Nato-Länder teilnehmen werden, sagte Hansen. Entscheidungen über den Beitritt von mittel- und osteuropäischen Staaten in die Nordatlantische Allianz erwarte er noch in diesem Jahrzehnt. Im Rahmen ihres Arbeitstreffens mach-

ten sich die Nato-Generale mit Organisation, Ausbildung, Ausrüstung und Infrastruktur der Bundeswehr in den neuen Bundesländern vertraut. Seit Jänner dieses Jahres sind die Bundeswehreinheiten im Osten Deutschlands der Nato „assigniert“. Damit sind die Land-, Luft- und Seestreitkräfte in die Kommandostruktur der Nordatlantischen Allianz eingebunden.

Die auf russischer Seite von dem Stellvertretenden Nationalitätenminister Michajlow und auf tschetschenischer Seite von dem früheren Generalstaatsanwalt des Dudajew-Regimes, Imajew, geleiteten Verhandlungsdelegationen hatten Einvernehmen über ein „Protokoll“ zu den militärischen Fragen des Konfliktes erzielt. Darin wird eine beiderseitige Waffenruhe und der Rückzug der russischen Truppen und der bewaffneten Kräfte Tschetscheniens um zwei bis vier Kilometer von den noch bestehenden

Frontlinien vereinbart. Die tschetschenischen Unterhändler erklärten sich bereit, in drei Phasen ihre Waffen niederzulegen; zuerst die größeren kämpfenden Einheiten, dann die kleineren Trupps in einzelnen Dörfern und schließlich Einzelpersonen. Allen, die freiwillig ihre Waffen niederlegen, wurde Freiheit vor Strafverfolgung zugesagt. Außerdem dürfen in den Dörfern sogenannte Selbstverteidigungsgruppen von 15 bis 25 Mann weiterhin Waffen tragen. Rußland erklärte sich im Gegenzug zu einem Teilabzug seiner Truppen bereit und darf, laut Vereinbarung, künftig eine Brigade der Truppen des Innenministeriums und eine Brigade der regulären Streitkräfte in Tschechien stationieren; nach Angaben des Befehlshabers der Truppen in Tschetschenien, Generaloberst Kulikow, sind das zwischen zehntausend und sechstausendfünfhundert Mann.

### An die Bezieher der „Sudetenpost“

Leider mußten wir bei der Durchsicht unserer Bezieherkartei feststellen, daß von vielen unserer Landsleute die Bezugsgebühr für das laufende Jahr noch nicht überwiesen wurde. Aus diesem Grund liegt der heutigen Folge ein Zahlschein für die Inland-Bezieher bei. Wir ersuchen Sie höflich um baldige Überweisung. Falls Sie jedoch zu den Beziehern gehören, die ihre Bezugsgebühr schon längst entrichtet haben, betrachten Sie bitte den Zahlschein als gegenstandslos. Wenn Sie den Zahlschein für eine Spende verwenden wollen, sind wir Ihnen dafür von Herzen dankbar. **Bitte schreiben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse gut leserlich auf den Zahlschein, damit beim Buchen Ihrer Einzahlung keine Verwechslungen entstehen.**

## Von Prag zum zweiten Mal zur Kasse gebeten

Menschen mit einem normal ausgebildeten Rechtsverständnis wird es unverständlich bleiben, wieso die Tschechische Republik den Massenmörder Jan P., der am 24. Mai 1945 vierzehn Bürger des südböhmischen Dorfes Schwarzbach (Tust) erschoss (siehe Artikel von Ota Filip in der F.A.Z vom 18. August), bis heute nicht seiner gerechten Strafe zuführt. Sollte sie sich dabei auf das sogenannte Amnestiegesetz der Vorläufigen Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik vom 8. Mai 1946 berufen? Der tschechoslowakische Staat amnestierte nämlich mit diesem Gesetz keineswegs Straftäter wie den genannten Massenmörder Jan P. für begangene Vergehen und Verbrechen und stellte sie somit vom staatlichen Strafanspruch frei. Nein, er erklärt deren Straftaten ausdrücklich für nicht widerrechtlich, das heißt für rechtlich einwandfrei. An diesem allen rechtsstaatlichen Grundsätzen hohnsprechendem Gesetz, das die Unterschrift des Staatspräsidenten Beneš trägt, hält auch die jetzige Tschechische Republik immer noch fest. Wie lange noch? Mit einem solchen Rechtsverständnis darf sie nicht Mitglied der Europäischen Union werden.

Andererseits macht sie bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Entschädigungsansprüche für die tschechischen Unrechtsoffer des Nationalsozialismus geltend, für die sie bereits einmal abkassiert hat (siehe F.A.Z vom 17. August). Auf Grund des Dekrets Nr. 108 von Staatspräsident Beneš über die Konfiskation des feindlichen Vermögens und die Fonds der nationalen Erneuerung vom 25. Oktober 1945 wurde das Vermögen unter anderem des Deutschen Reiches und das von Fachleuten für 1981 auf 265 Milliarden DM geschätzte Vermögen der Sudetendeutschen entschädigungslos enteignet.

Auch die Sudetendeutschen und ihre Führung wollen, daß den tschechischen Opfern des deutschen Nationalsozialismus eine angemessene Entschädigung gezahlt wird. Sie haben aber – und das wird wohl auch für die meisten Deutschen zutreffen – berechtigterweise kein Verständnis dafür, daß der tschechische Staat die Deutschen zum zweiten Mal zur Kasse bitten will, aber offensichtlich den tschechischen Opfern bisher eine Entschädigung aus dem bereits 1945 konfisziierten deutschen Vermögen verweigert hat.

Jörg Kudlich, Wörthersee

## Mahnung fehlt

Betr.: Bericht „Gmunden, es gibt ein Denkmal“

Der zu diesem Thema veröffentlichte Bericht („Sudetenpost“ vom 7. 9.), in dem auch mein Name aufscheint, entspricht nicht den Tatsachen! Ich habe niemals der Ortsgruppe Gmunden „Untätigkeit“ vorgeworfen, sondern nur jenes wiedergegeben, das mir der Bürgermeister von Gmunden, Herr Hermann, mitteilte („Sudetenpost“ vom 3. 8.). Zum neuerrichteten Denkmal – dem Stein – ist zu sagen, daß sich dieses, mit dem ursprünglich im Jahre 1931 erbauten, in keiner Weise messen kann und vor allem die damals angebrachte Beschriftung einen ganz anderen Zweck und Sinn beinhaltet! Es ging zu jener Zeit – und auch heute noch – vor allem um das „Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen“! Diese Mahnung fehlt am neuen Denkmal! Die Ehrung der „großen Männer Österreichs aus dem sudetendeutschen Raum“ ist eine lobenswerte Sache, hat aber mit dem Leitgedanken der damaligen Erbauer nichts zu tun. Warum wurde nicht der „alte Text“ am neuen Stein angebracht?

Mit freundlichen Grüßen,  
Gustav Pittner, 3550 Langenlois

## Tribüne der Meinungen

### Zählt das Leid der Deutschen nicht?

Unter diesem Titel schreibt ein gewisser Herr Schewe einen Artikel in der „Märkischen Zeitung“, wiedergegeben im „Saazer Heimatbrief“, dessen Inhalt sich mit der Vertreibung, den ethnischen Säuberungen, mit Schuld und Sühne, im und nach dem Zweiten Weltkrieg befaßt und der so gut ist, daß er den Lesern der „Sudetenpost“ nicht vorenthalten werden sollte! Der Bericht bezieht sich hauptsächlich auf Deutschland, der aber analog auch für das Sudetenland und Österreich seine Gültigkeit hat. Das Schreiben, in etwas gekürzter Form wiedergegeben, lautet: 1995 – ein fatales Jahr: Jubiläumsjahr. So manches, was geschah, ist jetzt 50 Jahre her. Ein halbes Jahrhundert ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen. Magische Zahl? Der Kalender wirbelt Erinnerungen auf. Böse Erinnerungen. Aufforderungen der Sieger an die Besiegten. „Deutsche, Antreten zum Beuehen!“

Deutsche am Pranger. Sie sollen büßen für den Krieg ihrer Väter und Großväter. Endlose ewige Sippenhaft? Zwei Gesichtspunkte bleiben dabei bewußt außer acht:

1. Haben die Väter und Großväter, die 1939 in den Krieg geschickt wurden, diesen Krieg wirklich gewollt? Oder wurden sie von einer großwahnsinnigen Staatsführung wie Schlachtvieh in den Krieg getrieben? Hatten sie überhaupt eine andere Wahl? Sind sie überhaupt gefragt worden?

2. Die Deutschen, die heute leben, sind zu achtzig Prozent erst nach dem Zweiten Weltkrieg geboren worden. Wie kann man sie für Ereignisse zur Rechenschaft ziehen, die vor ihrer Geburt geschehen sind?

Der Krieg ist grausam, brutal, unmenschlich, unbarmherzig. Auf allen Seiten, nicht nur auf einer Seite. Ist es wirklich so, daß alles, was die Deutschen im Krieg getan haben, böse war? Man sagt uns mit erhobenen Zeigefinger, wir dürfen nicht „aufrechnen“! Die Leiden der Deutschen zählen nicht! Sie dürfen vor der Geschichte nicht aufgelistet werden. Alles, was Deutsche gelitten und erlitten haben, war ihre eigene Schuld? Geschah ihnen Recht? Warum sind sie Hitler gefolgt? Hunderttausende deutsche Zivilisten sind in den Feuerstürmen nach dem Bombenhagel alliierter Kampfflugzeuge in deutschen Großstädten bei lebendigem Leib verbrannt, erstickt, zerfetzt. Frauen und Kinder, ungeborene Kinder. Darf man nur von den Leiden der anderen sprechen? Zwölf Millionen Deutsche wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Unter unvorstellbar grausamen und hartherzigen Bedingungen. Drei Millionen sind dabei umgekommen. Zwangsumsiedlung, Vertreibung! Das darf man nicht so nennen? Wer das Grauen von Auschwitz leugnet, wird – zu Recht – vor Gericht gestellt. Wer aber die Zwangsvvertreibung von zwölf Millionen Deutschen aus den Ostprovinzen und dem Sudetenland leugnet, der kommt ungeschoren davon! Wo bleibt da die Gerechtigkeit?

Warum ist das bei den Deutschen anders? Gilt für sie nicht das Völkerrecht? Sind sie ein Volk zweiter Klasse? Deutsche Kanzler und Minister haben immer wieder in öffentlichen Demutsbezeichnungen auf die geraubten Ostgebiete verzichtet. Das sind 100.000 Quadratkilometer deutschen Landes! Ein Drittel des ehemaligen Reichsgebietes! Kann sich jemand vorstellen, daß die Polen oder die Franzosen widerspruchslos auf ein Drittel ihres Staatsgebietes verzichtet hätten?

Fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist Deutschland end-

gültig am Ende. Soldaten dürfen nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes ungestraft pauschal als „Mörder“ bezeichnet werden! Diejenigen, die sie in den Krieg geschickt haben – die Politiker – stehen mit „weißer Weste“ da? Für Deserteure und Verweigerer werden mit öffentlichen Mitteln Denkmäler errichtet. Die Soldaten, die für Deutschland ihr Leben gegeben haben, werden vergessen oder posthum beschimpft! Armes Deutschland!

Wäre noch hinzuzufügen, daß die etwa 28.000 Quadratkilometer große Fläche des Sudetenlandes deutsches Land ist und ebenfalls geraubt wurde.

Ing. Gustav Pittner, Langenlois

### ACHTUNG, NEU! Studenten-Service

Die Ferien sind bald vorbei und so mancher Studiosus ist derzeit damit beschäftigt, eine geeignete Unterkunft für die folgende Studienzeit zu finden. Die „Sudetenpost“ startet heuer erstmalig eine Aktion im Rahmen einer **STUDENTEN-ZIMMER-BÖRSE**. Sie werden verstehen, daß wir in erster Linie unsere Landsleute bzw. deren Kinder und Enkel unterstützen werden. Konkret ersuchen wir jene Landsleute in Österreich und Deutschland, die in Universitätsstädten ein Studentenzimmer anzubieten haben, an die „Sudetenpost“ zu schreiben (Kennwort: Studenten-Service). Wir benötigen von Ihnen: Name, Adresse, Telefonnummer und die Höhe der Miete. Studenten, die ein Zimmer suchen, können dies in Form eines Inserates in unserer Zeitung mitteilen. Als Gegenleistung für eine gefundene Unterkunft und das Inserat in der Zeitung hat der Student entweder einen Abonnenten für die „Sudetenpost“ zu werben oder den Betrag für ein Jahresabonnement zu bezahlen (öS 308.– oder DM 52,50).

Wenn diese Aktion so funktioniert, wie wir uns das vorstellen, wird sowohl unseren Landsleuten als auch der „Sudetenpost“ ein guter Dienst erwiesen.

Zuschriften bitte an: „SUDETEN-POST“, Kreuzstraße 7, 4020 Linz. Anrufe bitte unter 0 73 2/70 05 92.

## Einspruch

Frau Ida Bienert, Wien, wendet sich in ihrem Leserbrief in der „Sudetenpost“ 18/95 gegen die Verehrung, die Dr. Otto von Habsburg-Lothringen in zunehmendem Maße entgegengebracht werde. Sie gräbt ein Schriftstück aus, das dieser 1945/46 an Präsident Truman gerichtet haben soll.

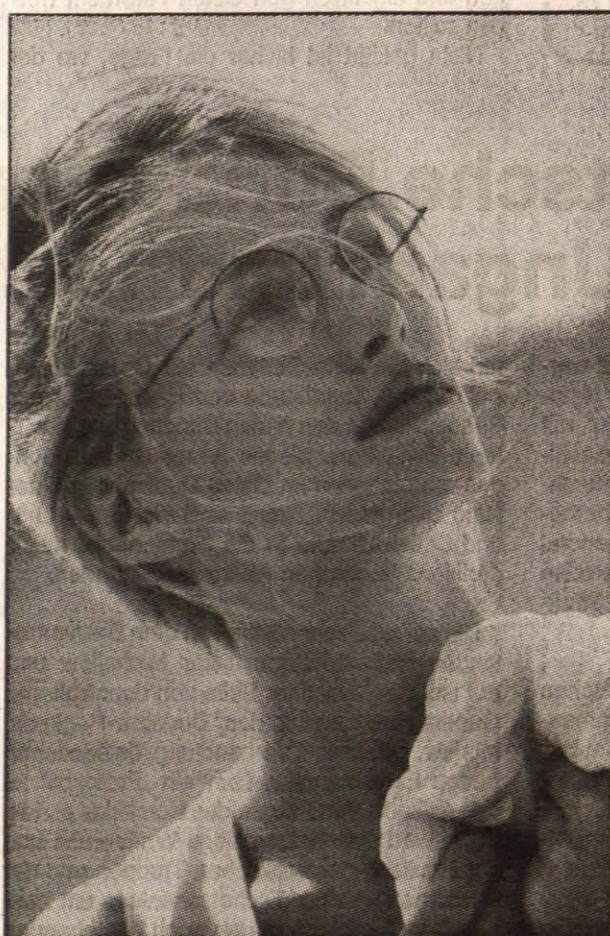
Nun, ich habe in meiner Jugend weder „Otto“ noch seiner Mutter Zita Sympathien entgegengebracht. Ich war und bin weder Monarchist noch Anhänger einer „Wiederkehr“ der Habsburger; in der Geschichte hat alles seine Zeit. Damals war Dr. Habsburg nicht ganz freiwillig Emigrant, und ich befand mich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Ich muß aber bekennen, daß sich mein Urteil über diesen in Bayern lebenden Altösterreicher inzwischen um einiges gebessert hat. Er genießt Respekt in Straßburg und in weiten Teilen der Welt, ist Altösterreicher, Bekenntnisdeutscher, ein hochgebildeter Mensch, der, im Gegensatz zu anderen Zeitgenossen, seit der Jugend viel dazugelernt hat.

Wie oft haben wir in den Druckmedien, so auch in der „Presse“, aber auch in der „Sudetenpost“ Beiträge von ihm gelesen! Nachdem vor einem Menschenalter in Österreich der „Habsburger-Kannibalisierung“ (Nenning) ein Ende gefunden hat und die Sozialdemokraten wegen allfälliger Einreisen von Habsburgern ins Land der Väter nicht mehr auf die Straße gehen, stürzt hierzulande die Welt auch nicht mehr ein, wenn Dr. Habsburg irgendwo eine seiner gut besuchten Reden in weltpolitischen Fragen hält. Er hat vor einigen Jahren sogar die Gedenkrede zur Erinnerung an die 54 sudetendeutschen Vorläuferopfer vom 4. März 1919 gehalten.

Vor allem rechne ich es Dr. Habsburg-Lothringen hoch an, daß er bei den großen sudetendeutschen Anlässen immer wieder nach Wien und Klosterneuburg kommt, zu einem Zeitpunkt, da unsere Bundespräsidenten und Bundeskanzler lieber nicht in Wien weilten, um keinen Begrüßungsanlaß zu haben. Es gab drei Sudetendeutsche Tage in Wien, und immer marschierte „Otto“ an der Spitze der Fackelzüge mit, er, der vermutlich sudetendeutschen Boden niemals betreten durfte.

Wenn einmal fast 85 Lebensjahre auf dem Präsentierteller des öffentlichen Ansehens liegen, wird man gut beraten sein, eine gewisse Nachsicht zu üben. Ich persönlich jedenfalls glaube, daß sich Dr. Otto Habsburg-Lothringen, der Sohn unseres unglücklichen letzten Kaisers, unsere persönliche Hochachtung verdient hat.

Dr. Robert Hampel



Silhouette Modellbrillen  
für gutes Sehen und Aussehen

Bei Ihrem Augenoptiker

Silhouette

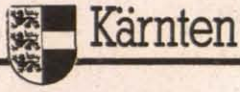
For me it must be a Silhouette







am 27., Hermine Stoiber am 24. und Edith Schöntag am 27. - Sie erhalten in den nächsten Tagen unser Herbstgedicht...



Klagenfurt

Wir wünschen allen im Monat Oktober geborenen Landsleuten Gesundheit und Wohlergehen auf ihrem Lebensweg...



Bruck a. d. Mur

Bei unserem ersten Heimatnachmittag nach der Sommerpause konnte die Obfrau auch wieder unsere Freunde aus Leoben...

Leoben

Grenz- und Heimgattreffen in Großmain mit reichhaltigem Programm. Nach 50 Jahren der Vertreibung aus dem Sudetenland...

nen Tanzfreudigen zu spielen. Für alle viel zu früh erklagt abschließend das gemeinsame gesungene Lied „Kein schöner Land...“ Infolge des günstigen Wetters...

gebackener Art) beteiligt wurde. Pünktlich um 12 Uhr saß man dann (dank der Umsicht von Lm. Richard Wagner)...



Kufstein

Einladung zur Teilnahme an der 45-Jahr-Feier unserer Ortsgruppe. 1. Volkstumsabend: „Sudetenland - Heimatland“...



DIE JUGEND berichtet

Jugendredaktion 1180 Wien Kreuzgasse 77/14

Bundesjugendführung

Überall im Land finden große Gedenkstunden, Feiern, Symposien usw. anlässlich 50 Jahre seit dem Kriegsende, 50 Jahre Republik Österreich usw. statt.

mehr als nur Beteuerungen und Versprechungen, das sei hier angemerkt. In diesem Sinne hoffen wir, daß es bei einigem Sparwillen aller...

Landesgruppe Wien

Heimstunden finden am Mittwoch, dem 18. und 25. Oktober, ab 19.30 Uhr, für junge Leute im Heim in Wien 17, Weidmannsgasse 9, statt!

Landesgruppe Niederösterreich

Bowling-Turnier am kommenden Sonntag, dem 8. Oktober, in Wien! Alle Freunde sind dazu eingeladen...

ein. Besorgt Euch bitte so rasch als möglich die Eintrittskarten und die Tischplätze - nehmt unbedingt Freunde mit!

Landesgruppe Oberösterreich

Wie schon mehrmals berichtet, führen wir gemeinsam mit der Volkstanzgruppe Böhmerwald am 14. und 15. Oktober eine Autobusfahrt nach Mährisch-Trübau durch.

Landesgruppe Steiermark

Anlässlich „50 Jahre Flucht und Vertreibung“ - „40 Jahre Österreichischer Staatsvertrag“ - finden sich alle Volksdeutschen Landsmannschaften in der Steiermark zu einer großen Fest- und Gedenkveranstaltung...

Arbeitskreis Südmähren

Mit den Fahnen und Trachtenträgern nahmen wir bei den Festveranstaltungen des diesjährigen Heimgattreffens vor allem in Klosterneuburg teil.

Spenden für die „Sudetenpost“

Spendenliste Nr. 19

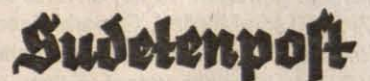
- S 508- von ungenannt; S 500- Josef Seiler Linz; S 192- Karl Koplinger, Linz; Franz Koplinger, Leonding; Norbert Koplinger, Leonding; S 100- Else Reiter, Klagenfurt; S 92- Katharina Koplinger, Linz; Theresia Wittner, Linz; S 42- Herta Schaller, Wien.

Die „Sudetenpost“ dankt allen Spendern sehr herzlich!

Redaktionsschluß

Redaktionsschluß ist jeweils am Donnerstag, 8 Tage vor dem Erscheinungstermin, bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein.

Table with 4 columns: Folge, Date, Redaktionsschluß, and another Date. Rows include Folge 20 (19. Oktober), Folge 21 (2. November), Folge 22 (16. November), Folge 23 (30. November), and Folge 24 (14. Dezember).



Eigentümer u. Verleger: Sudetendeutscher Presseverein, 4010 Linz, Postfach 405, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf und FAX: 0 73 270 05 92.

# Gedanken zum Demokratieverständnis der Tschechen (1. Teil)

Das totale Fiasko des Kommunismus in Europa seit 1989 und die damit verbundene allmähliche Öffnung der östlichen Archive machen auch eine Neubewertung des „Prager Frühlings“ des Jahres 1968 notwendig. Mehr als über das politische Versagen der nichtkommunistischen Kräfte im Februar 1948 haben tschechische Akteure der verschiedenen Parteirichtungen über die tragischen Ereignisse des Jahres 1968 geschrieben, doch dabei nur zu oft sich nur in der Rolle des Opfers, doch nicht der politischen Versager, gesehen. Für den noch 1989/90 vom Pra-

Von Toni Herget

ger „Bürgerforum“ so hochgejubelten lichten Helden des Prager Frühlings, Alexander Dubček, hatten die tschechischen Politiker kein Wort des Abschiedes an seinem Grabe 1992, obwohl Dubček schon ein halbes Jahr vorher, am 13. Juni 1968, in einem Telefongespräch mit der KPdSU, seinen Rücktritt als Erster Sekretär der KPTsch angeboten hatte, weil er meinte, die sowjetisch-tschechoslowakischen Vereinbarungen von Čierna von Ende Juli 1968 nicht mehr mittragen zu können.

Längst weiß man auch, daß Dubček sowohl vom eigenen Nachrichtendienst (Josef Frolík), wie vom ungarischen KP-Chef Kadar und von russischer Seite auf den bevorstehenden Überfall aufmerksam gemacht wurde. Er war infolge seiner ideologischen Überzeugung den nackten Fakten gegenüber blind. In seinen Memoiren „Naděje umírá poslední“ (Zuletzt stirbt die Hoffnung) „vergißt“ er manches und schönert anderes, um nach wie vor als der lichte Held von 1968 dazustehen. Daß der führende politische Kopf jener Zeit, rechtzeitig auf das Kommende aufmerksam gemacht, beim Eintreffen der ersten Informationen über die Invasion in Ohnmacht fiel, scheint ein Stück Theatralik gewesen zu sein, die sich aber gut liest. Über zwei Jahrzehnte hindurch wurde nach 1968 unter Tschechen ein erbitterter Kampf um die sogenannten „Einladungsschreiben“ geführt. Die sowjetische Seite hatte ja 1968 bekanntlich die Aufforderung „aufrechter Genossen“, ihnen gegen die „Konterrevolution in der ČSSR“ beizustehen, zum Vorwand für die Invasion genommen. Im Jahre 1992 hat Boris Jelzin darüber Klarheit geschaffen. Was noch Gorbatschow nicht preisgeben wollte, enthüllte Jelzin. Er ließ dem ČSFR-Präsidenten Václav Havel ein Bündel Akten überreichen, die man in Moskau bisher als „Top Secret“ behandelt hatte und unter der Bezeichnung „Niemals öffnen!“ geführt worden waren. Durch diese Akten wurde klar, daß es sich um mindestens drei „Einladungsbriefe“ handelte. Einer davon wurde vom einstigen Parteideologen Vasil Bilak am 3. August 1968 in Preßburg Breschnew übergeben. Er trug 18 Unterschriften. Nicht einer dieser Unterschreiber wurde vor ein Kriegsgericht gestellt und zur Verantwortung gezogen!

## Es gab keine Konsequenzen

Das Bekanntwerden des Ausmaßes der politischen Prozesse in der Zeit des Stalinismus in der Tschechoslowakei in den ersten drei Monaten während des Prager Frühlings war damals politischer Ekrasit. Bereits in der Plenarsitzung des ZK der KPTsch Ende März 1968, bei der auch diese Problematik, die vor allem durch Rundfunk und Fernsehen in die Öffentlichkeit getragen wurde, erklärte dort das ZK-KPTsch-Mitglied, General Josef Hečko, daß für all diese Verbrechen die KPTsch kollektiv verantwortlich sei. Zu diesem Schuldgeständnis konnte sich aber die Partei nicht durchringen, hätte sie doch dadurch zugleich die Macht abgeben müssen, was die kommunistischen „Reformpolitiker“ nicht wünschten. Erst

nach der politischen Wende von 1989 wurde im Juli 1993 vom Prager Parlament ein Gesetz durchgeboxt, daß die KPTsch eine „Verbrecherorganisation“ sei. Freilich, nach gewohnter Art, wurden aus dieser Feststellung keine Konsequenzen gezogen. Es gibt aber eine gerichtliche und außergerichtliche Rehabilitierung der Opfer dieser politischen Justiz. Trotz vieler Veröffentlichungen zu diesem Thema stellt das Buch von Vilém Hejl „Zpráva o organizovaném násilí“ die solideste Darstellung jener Zeit dar, noch dazu, da Hejl nicht vergißt, auch die Zeit der „Retribution“ (1945 bis 1948) zu erwähnen, deren Opfer fast ausschließlich Deutsche waren.

der Überfülle dieser Denunziationen gezwungen war über Rundfunk und Presse zu bitten, nicht so eifrig zu sein, weil bei der Polizei nicht genügend Kräfte zur Verfügung stehen, um alle Anzeigen zu bearbeiten. Im gesamten Bereich der Protektoratsverwaltung gab es damals 350.000 tschechische und nur 1884 deutsche Beamte bzw. Angestellte – 738 beim Reichsprotektor und 1146 bei tschechischen Behörden!

## Nach den Deutschen die Tschechen und Slowaken

Um das Ausmaß des Schreckens, den eine Justiz ohne Gerechtigkeit verbreitete,



Václav Havel: Bis 1948 gab es ein „demokratisches Regime“...

Das Amnestiegesetz für an Deutschen begangene Morde, Vergewaltigungen, Raubüberfälle und andere Verbrechen vom 8. Mai 1946 ist einer der größten Schandflecke in der neueren tschechischen Geschichte. Die Weiterexistenz dieses Amnestiegesetzes macht eine Aufnahme des Havel-Staates in das nach Rechtsnormen lebende Europa unmöglich. Diesem Mörder-Amnestiegesetz gleichgestellt ist auch die vom Gros der Tschechen vertretene Einstellung, daß die Vertreibung von Millionen gerechtfertigt ist, vorausgesetzt natürlich, daß diese nicht die Tschechen selbst betrifft.

Als im Frühjahr 1968 – etwa ab März – die Bevölkerung der ČSSR erkannte, wie morsch das KP-Regime war, kamen eine ganze Reihe von Separierungstendenzen zu Tage, die das ankündigten, was nur infolge des Panzerschutzes von fünf Armeen mit rund 200.000 Mann bis 1989/90 hinauszögerten: die Freiheitsgelüste der Slowaken, die Separierungstendenzen der Mähren und das Pochen der nationalen Minderheiten, die nicht nur buchstabenmäßige Gleichberechtigung, sondern solche in der Wirklichkeit forderten. Der mächtigste Motor des auch in Umrissen noch nicht sichtbarem Neuen waren aber die Hunderttausenden von politischen Opfern aller Art. So wurde innerhalb weniger Wochen sichtbar, daß die kleine, nur 13 Millionen umfassende Republik nichts als ein riesiges KZ war, Teil eines noch größeren Riesenkonzentrationslagers, das von Asch im Westen bis Kamtschatka im Osten reichte. In dem von Vilém Hejl bereits erwähnten Buch finden sich Zahlen, die für sich sprechen: So gab es um 1950 170.000 informationswillige Zuarbeiter des bei 85.000 bezahlten Kräften des Staatlichen Sicherheitsdienstes (Stb); für 1967, also noch kurz vor dem Prager Frühling, gab es noch immer 147.000 Informanten, die zu denunzieren bereit waren. Bei derartiger Denunziantenwilligkeit wird man natürlich ganz an jenen exiltschechischen Historiker Vojtěch Mastný erinnert, der in seinem Buch über das Protektorat „The Czechs Under Nazi Rule“, New York 1971, schreibt, daß unmittelbar nach dem Attentat auf Heydrich 1000 Anzeigen bei der Gestapo eintrafen, so daß diese infolge

muß man in seine Anfänge im Mai 1945 zurückgehen. Damals gab es zwar noch keine „Berija-Gorillas“, auf die heute viel Schuld abgeschoben wird; es genügten die oftmals schon während des Krieges vorgebrachten haß- und bluttriefenden Forderungen der Beneš, Svoboda, Drtina, Ingr, Gottwald und Kopecký, die ab Mai 1945 praktiziert wurden und sich im Massaker von Aussig, im Blutgericht von Landskron, im Todesmarsch der Brünnner und im Prager Masaryk-Stadion abgepielt haben. Diese „Spiele“ waren so anregend, daß man sie nach dem Februar 1948 weiter spielte, diesmal – nachdem man die Deutschen als politische Gegner bereits beseitigt hatte – gegen die nichtkommunistischen Tschechen und Slowaken, zuletzt sogar jene erfassend, die ab 1945 aktiv für die Praktizierung der „Öčista“ (politische Säuberung) Ausmerzungen, Austreibung und für die Errichtung des tschechoslowakischen Gulags waren, die Horáková, Slánský, Husák, Smrkovský...

Man war so eifrig, daß man sogar innerhalb ganz kurzer Zeit das Ausmaß des deutschen Repressionsapparates während des Protektorats übertraf, denn nun gab es nicht nur „Koncentrační Tábory“, wie z. B. in Brünn auch noch hunderte von Internierungslagern, Zwangsarbeitslagern (TNP), „PTP“-Lager, daneben die vielen Bezirks-, Kreis und Landesgefängnisse, von denen die bekanntesten Pilsen-Bory, Prag-Pankrác, Múrau, Leopoldov waren, auch noch „Privatgefängnisse“ aller Art, so „Domeček“ als Spezialgefängnis der V. Abteilung des ČSSR-Generalstabes und zahlreiche Privatgefängnisse des Stb, wo sogar Leute verhungerten und verdorrten, weil man sie infolge der Fülle der Fälle einfach vergaß und erst nach Wochen entdeckte.

Im „Völkerkerker Österreich“ gab es Derartiges für tschechische Delinquenten nicht. Man denke nur an Karel Havlíček Borovský, den man nach dem idyllischen Südtirol, nach Brixen, „verbannte“, ihm eine Staatsrente gewährte und sogar eine eigene Bedienung zubilligte, samt Verpflegung aus dem Gasthaus. Karel Kramář, der Österreich zerschlagen wollte und des Hochverrats überführt wurde, bekam den Status eines politischen Gefangenen mit allen zustehenden Rechten,

den es in der Nachkriegs-Tschechoslowakei, die von Demokratie nur so tropfte, nicht gab.

Nach Angaben des in München lebenden RFE-Mitarbeiters Antonín Kratochvíl gab es 217.000 Personen, die in der ČSSR wegen politischen Delikten verurteilt wurden. Bis 1968 waren es allein 6174 Geistliche, die die Gefängnisse bevölkerten. Um 1950 waren es im nordböhmischen „Karthus“ rund 150, darunter drei Bischöfe, die mit mir ihr Schicksal in dem „Sing-Sing“-Gebäude teilten. Die Zahl der nach 1992 Rehabilitierten entspricht in etwa diesen Zahlen.

Für die Opfer der „Retribution“ gab es eine Rehabilitierung nicht, denn nach Václav Havel, so in seiner Rede im Mai 1994, gab es unter Beneš bis 1948 ein „demokratisches Regime“ und die Dekrete zu Vertreibung und zur Retribution waren „Ausdruck der Zeit“ (F.A.Z. 31. Mai 1994). Als privilegierter politischer Gefangener unter den Kommunisten geht einem so die Verbrämung von Massenverbrechen leicht vom Munde. Das Gros der deutschen Retributionsgefangenen konnte jahrelang überhaupt nicht schreiben, geschweige „Briefe an Olga“ als fertiges Buchkonzept verfassen und weg-schicken!

## Existenz von Deutschen geleugnet

Die verschiedenen nationalen Minderheiten spielten 1968 in der ČSSR eine recht unterschiedliche Rolle, doch alle versuchten die Situation für sich zu nutzen. Da der bärtige DDR-Chef Ulbricht schon früher den Prager Machthabern den Rat gegeben hatte, daß sie, falls sie mit den restlichen Deutschen nicht zurechtkommen, sie einsperren sollen, die wiedererstandene Tschechoslowakei nach 1945 Westdeutschland nur als Land der Kriegshetzer und Revanchisten bezeichnete, war es 1968 klar, daß die in der ČSSR verbliebenen Deutschen von keiner deutschen Seite Unterstützung für ihre Wünsche auf nationale und bürgerliche Gleichberechtigung zu erhoffen hatten. Auch einzelne SPD-Kontakte zu einigen Prager kommunistischen Reformern änderten an dieser Grundeinstellung nichts. Seit der ČSSR-Verfassung von 1960 gab es offiziell keine Deutschen in der ČSSR. Die Nachwirkungen dieser Einstellung sind noch heute zu beobachten, die Existenz von Deutschen im Lande wird in den Parteiblättern nach wie vor geleugnet.

Der Versuch der sudetendeutschen Restvolksgruppe in der Tschechei ähnlich wie alle anderen dortigen nationalen Minderheiten, eine Kulturorganisation gründen zu können, schlug 1968 fehl. Erst 1969, nach Protestschritten der DDR und Polens, wurde die Gründung des „Kulturverbandes“ erlaubt. Obwohl es nicht in allen Verwaltungskreisen gestattet wurde, Ortsgruppen dieses Verbandes zu gründen, wuchs die Zahl der Mitglieder innerhalb weniger Monate schnell; hoffte man, doch endlich eine Art Gleichberechtigung bekommen zu haben. Doch nach einem Jahr verspürte der „Kulturverband“ bereits wieder die Auswirkungen der „Normalisierung“, indem 1970 die KPTsch alle Kräfte aus seiner Führung verbannte, die nicht völlig den gänzlich von Moskau abhängigen Husák-Kurs steuerten. Die Hoffnung, daß dieser „Kulturverband“ zugleich auch die Repräsentation der in der Tschechoslowakei lebenden Volksgruppe (etwa 100.000 Menschen) sein könnte, blieb Illusion.

Eines hat das Jahr 1968 aber ganz deutlich aufgezeigt, daß diese seit 1945 in vielerlei Weise entrechteten oder benachteiligten Deutschen zumindest im westlichen Deutschland zur Kenntnis genommen wurden.

Fortsetzung folgt